

Land und Meer

Zur internationalen Ökologie und zu den
multikulturellen Lebenswelten im Prozeß
der Globalisierung

Jürgen Bellers

Inhaltsverzeichnis

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN – eine Einführung

<i>Einleitung: Phänomenologie und Lebenswelt</i>	10
<i>Land und Meer</i>	
- Europa: Fjorde, Klüfte, Berge und Inseln	21
- Die Nato und der Atlantik	35
<i>Natur und Kultur</i>	
- Saudi-Arabien und das Wüstenmeer	51
- China und der geschichtete Raum	65
- Kambodscha und der Große Fluß	75
- Venezuela und die Berge Spaniens	80
- Westafrika und die Tropen	93
<i>„Ordnung als Ortung“:</i>	103
<i>Über Recht und Gerechtigkeit in einer multikulturellen Welt</i>	

Einleitung: Phänomenologie und Lebenswelt

Einem Amerikaner, der in einem der kleinen Gründer-Staaten der nördlichen USA aufgewachsen ist, sind China und der Pazifik fern, um so näher ist ihm der Atlantik., England und auch noch West-Europa. Ein Land, das fast nur aus Wüste besteht, wie z.B. Mauretanien, wird Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung haben. Deutschland, das geographisch mitten in Europa liegt, wird – solange es Nation ist - außenpolitisch immer zu wählen haben: Ost oder West, Rußland oder Frankreich. Im Gegensatz zu Staaten in Randlagen. Regionen am Mittelmeer, erst recht in tropischen Gebieten, merkt man an: die Menschen sind anders als in den Regengebieten Nord- und Mitteleuropas. *Regionen* (d.h. meist auch Nationalstaaten) in den verschiedenen Weltteilen unterscheiden sich allein schon vom Klima und den geographischen Bedingungen her – es ist eher unwahrscheinlich,

dass das keine Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik und die Außenpolitik hat – das Thema dieses Essays.

Die Wissenschaft, die sich auch mit solchen Fragen beschäftigen müßte, ist die politikwissenschaftliche Teildisziplin der Internationalen Beziehungen, die als Folge des Ersten Weltkrieges im Rahmen der Versailler Friedensverhandlungen zum ersten Mal weitergehend institutionalisiert wurde (vor allem im angelsächsischen Raum), um ein solches Blutbad für immer auch durch Forschung zu verhindern helfen – ein hoher Anspruch im idealistischen Geiste des damaligen amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der sich jedoch in keiner Weise realisieren ließ – sieht man, dass der Zweite Weltkrieg u.a. auch durch den Ersten Weltkrieg bedingt war, dass sogar der ungerechte Versailler Friedensvertrag (einseitige Schuldzuschreibung an Deutschland) den Zweiten Weltkrieg mit ermöglichte. Aber die **globale** Perspektive, die (einseitige) Fokussierung auf die **Welt**gesellschaft und auf die sicherlich notwendige, aber nicht alleinige Aufgabe der Kriegsverhinderung blieb bestehen – vor allem in der us-amerikanischen Politikwissenschaft, die nach 1945 – analog zu den Weltmacht- und den Weltmarktinteressen der USA – in Westeuropa und sonstwo dominierend wurde. Demzufolge ist diese Wissenschaft bis heute zentral durch eine globalistische

Perspektive geprägt - ungeachtet der weiterhin sehr massiven Existenz und Bedeutung von subglobalen Einheiten (Regionen, Staaten, Nationen usw.)

Die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen ist mittlerweile an allen deutschen Universitäten mit zumindest einer Professur vertreten und mit allem ausgestattet, was so eine Wissenschaft ausmacht – im Guten wie im Bösen. Sie hat sich einen ausladenden, abstrakten und z.T. unverständlichen, lebensfremden Begriffsapparat geschaffen, den nur sie selbst versteht und wodurch sie sich legitimiert: denn was Laien nicht verstehen, muß schon wichtig sein, so dass der Steuerzahler dafür Geld auszugeben bereit ist; Theorien nach Theorien werden geboren (meist aus den USA importiert), um sie nach zehn Jahren angesichts ihres offensichtlichen Scheiterns schnell wieder verschwinden zu lassen. Sie werden auf zahlreichen Konferenzen durchdiskutiert, bevorzugt am Comer See. Wie in den medialen Epidemien (z.B. der BSE-Medien-Panik zu Beginn des Jahres 2001) werden auch die Wissenschaftler von Theorie-Mode-Strömungen erfaßt, die oft indirekt von einigen wenigen professoralen Großfürsten ventiliert werden, um die Konferenzen geistig zu beherrschen. Junge Wissenschaftler müssen sich dem natürlich beugen, um eine Stelle zu erhalten. Die Begriffe und

Theorien werden so abstrakt, daß sich der Realitätsgehalt immer mehr verdünnt. Es gibt z.B. eine Veröffentlichung über internationale Organisationen, in der diese fein säuberlich und ordentlich in zahlreiche begriffliche Kästen und Kartons sortiert werden und man sogar einen neuen Großbegriff einführt, mit dem der Verfasser in der Prestigekonkurrenz einen Vorsprung erreichen will. Aber was z.B. die UN-Soldaten in Kambodscha zu Beginn der 90er Jahre bewirkt haben (u.a. auch Aids, Korruption und Prostitution in erheblichem Umfang), wird nicht erwähnt. Das kann man eher in den Reiseveröffentlichungen von Peter Scholl-Latour nachlesen, der im Gegensatz zu manchen Wissenschaftlern auch vor Ort war. Wissenschaftliche Veröffentlichungen erschöpfen sich oft in dem, was man „Begriffsrealismus“ nennt. Das heißt: Man meint, mit der Einführung eines neuen Begriffes eine neue Realität beschreiben zu können. Oft ist es aber nur so, daß man einen alten Begriff nur durch einen neuen Begriff ersetzt, was natürlich keinen Erkenntnisprozeß und Wissenszuwachs darstellt: Alter Wein in neuen Schläuchen. Früher hieß es: Internationale Organisation, heute heißt es: internationales Regime. Alle Achtung!

Betrachtet man so etwas, versteht man, warum Heidegger das Diktum „Wissenschaft lügt“ geprägt hat. Denn das hier am

Beispiel der Internationalen Beziehungen aufgezeigt ist ein allgemeines Problem von moderner Wissenschaft überhaupt. Wissenschaft will stets mit Begriffen verallgemeinern, Gesetze finden, auch eine bestimmte, heute vorherrschende, positivistische Sozial- und Geisteswissenschaft, die den Naturwissenschaften nacheifert. Man redet nicht von der Politik der und der Regierung, sondern von den Aktionen oder Reaktionen des politisch-administrativen Systems, und dieses System funktioniert nach bestimmten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, wie sie überall auf der Welt in der Gesellschaft vorzufinden seien. So wie in der Natur allgemeine Gesetze allüberall gleichermaßen gelten (was hier natürlich nicht bestritten werden soll), so sei das auch in der Gesellschaft, oder besser: in den Gesellschaften dieser Welt (was hier bestritten wird).

Ein Beispiel dafür, wie die heutigen Wissenschaften in großen Teilen Natur- und Gesellschaftswissenschaften gleichsetzen: Ein Schmetterling reagiert auf Anreize (inputs genannt) aus der Umgebung (z.B. das Licht), wie das politische System auf Anreize aus der Gesellschaft, z.B. Forderungen von Verbänden reagiert - oder auch nicht reagiert – so die Annahmen, die allüberall gültig seien. Wie ein Schmetterling stirbt, wenn er nicht auf äußere Anreize achtet (z.B. den heranfliegenden Feind nicht wahrnimmt), so geht ein politisches System unter, wenn es nichts mehr für die

Bürger tut, die dann eben irgendwann rebellisch werden. Oh, welch tiefgründige Erkenntnis! Man nennt das „generelle Systemtheorie“, die in Natur und Gesellschaft gleichermaßen gelte. Sie ist nicht nur falsch, denn für solche Banalitäten werden viele Begriffe und Gelder verschwendet – und meist viele Seiten in Büchern, die diesen einen, immer gleichen Gedanken in immer anderen Worten wiederholen („reproduzieren“, müßte es wissenschaftlich heißen). Denn interessant ist – im Gegensatz zur Systemtheorie - nicht das, was überall gilt, sondern das, was jeweils spezifisch ist – und warum.

Letztlich spürt jeder die Lebensfremdheit des systemtheoretischen Verfahrens. Wer hat schon einmal ein System gesehen? Wo versteckt es sich? Oder haben wir es aus Versehen beim Gehen heruntergeschluckt? Kann man es nun aus dem Bauch herausoperieren? Hui, wo ist das System geblieben?

O.K. so weit, so gut! Sie werden gemerkt haben, daß ich gegen den heutigen Haupttrend von Schickeria- und Jet-Set-Wissenschaft sehr skeptisch eingestellt bin. Und damit kommen wir auf den Herrn Prof. Heidegger zurück, der ein großer deutscher Philosoph war, allerdings bedauerlicherweise nur in einem politischen Zusammenhang erwähnt wird, nämlich seiner zeitweiligen Kooperation mit dem Nationalsozialismus, was er aber schnell

wieder sein ließ. Aber er hat eine Philosophie (weiter-)entwickelt, die uns aus der geschilderten Krise der Wissenschaft heraus führt.

Ich möchte mit einem Erlebnis beginnen: Es war in den Jahren, als ich in Münster - junger Assistent an der Uni - tätig war. Gegen Abend ging ich oft für ein paar Minuten an den schönen Aa-See und setzte mich dort auf eine der vielen Bänke. An einem dieser Abende setzte sich ein älterer, freundlicher Herr neben mich und begann nach einiger Zeit ein Gespräch, über Beiläufiges, über die Stadt, über die Uni, wodurch er erfuhr, daß ich an der Universität arbeitete. Die Fragen wurden unmerklich präziser: wie die beruflichen Aussichten seien, wie das Verhältnis zum Ordinarius sei usw. Aber eigentlich fragte er nicht, es war ein zwangloses Gespräch, in dessen Verlauf auch er von seiner Jugend erzählte, von seiner Assistentenzeit, von Heirat, Tod der Frau ... Wir kamen auch über Politik und Entwicklung der Gesellschaft im allgemeinen ins Gespräch, wird die Familie so bleiben wie sie ist; was wird aus den Parteien; und wohin die Konfessionen gingen.

Recht aufgemuntert und freudig über eine gelungene Unterhaltung trennten wir uns. Ich vergaß das Gespräch, allerdings nicht mein Gegenüber. Anderthalb Jahre später las ich ein soziologisches Buch über Universitäten, in dem in Teilen dieses Gespräch wieder

auftauchte, nicht im Sinne eines Plagiats, sondern im Sinne einer Erkundung sozialen Seins, wie es sich außerhalb von wissenschaftlichen Theorien tatsächlich darstellt – aber das Verb ist hier schon falsch: ich habe mich ja nicht dargestellt, sondern ich war selbst soziales Sein – unverfälscht, wie man auch in der Kneipe ist oder zu Hause vor dem Fernseher – auch nicht durch Interviewer befragt, sondern so. Noch Aristoteles mischte sich, wenn er etwas erforschen wollte, unter die Leute auf dem Markt, schwatzte mit, hörte sich rum, diskutierte über politische Fragen usw. Auf die heutige Zeit übertragen, heißt das: Die Wahrheit liegt nicht in den Konstruktionen manche Professoren, sondern bei Aldi, oder in den Gaststätten, oder bei den vielen Kaffeeklatschen, zu denen immer noch und immer wieder allnachmittäglich eingeladen wird; oder an den Stammtischen; oder eben auf Parkbänken an Seen.. Die von den Sozialwissenschaften üblicherweise durchgeführten schriftlichen oder mündlichen Befragungen sind das Gegenteil von dieser Lebensnähe: jeder weiß, daß er nun von einem Befrager befragt wird, gemäß der Kästchen und Fragen, die auf einem ihm vorliegenden Fragebogen aufgezeichnet sind. Beide verkrampfen sich ineinander: Der Befrager will seinem Status als Wissenschaftler gerecht werden; der Befragte seinen Ruf wahren. Was soll da rauskommen?

Ähnlich bei der Methode der teilnehmenden Beobachtung: Es wird zwar immer wieder behauptet, daß der Dritte, der als soziologischer Beobachter in einer Gruppe teilnimmt, nach einiger Zeit von den Gruppenteilnehmern nicht mehr wahrgenommen und vergessen wird. Aber bei mir ist in einer solchen Situation, die ich einmal erlebte, dieser Effekt nicht eingetreten. Anscheinend bin ich sehr nachtragend und eben nicht vergeßlich. Auch ist mir Privates heilig. Gerade die Soziologie sollte wissen, daß ein sozialer Dritter nicht einfach – trotz Anwesenheit - verschwindet, so wie man ein Molekül wegschießen kann.

Daher bleibt als einziger, lauterer Weg zur adäquaten und vollen Erfassung sozialer und politischer Wirklichkeit: Gerade als Wissenschaftler müssen wir die Wissenschaft beiseite schieben und statt dessen so leben, wie die Menschen leben, wie die Politiker wahrnehmen und arbeiten, wie Verbandsvertreter sich in der Lobby des Bundestags verhalten, wie Außenminister sich treffen usw. Dieses methodische Ziel ist natürlich nur z.T. zu erreichen, insbesondere, was die auf Geheimhaltung versessene Diplomatie betrifft (so daß wir dann doch wieder auf Befragungen zurückgreifen müssen, aber nur als eine, eher nachrangige Methode unter anderen).

Der große Heidegger hat sich über diese Fragen viele Gedanken gemacht, auch Scheler und Husserl, der allerdings wieder in Unverständlichkeit abgeleitet. In wissenschaftlicher Manier nannte dieser Husserl seine neue Methode „Phänomenologie“ – oh Gott! Hier geht es primär um die Erfassung der Dinge, der Phänomene, die dem einzelnen Menschen gegeben sind, wie sie sind, in seinem Bewußtsein (hier wirkt Kant weiter), in seiner „Lebenswelt“, in dem Dasein, in dem er lebt; in seiner Umwelt als auch in seinem geistigen Inneren. Heidegger nannte diese Methode daher auch Daseinsanalyse. Man geht nicht von irgendwelchen Begriffen aus, sondern fragt zunächst nach dem, was dem Menschen „zuhanden“ ist. Was macht mein Leben aus? Es ist unter anderem die „Sorge“, die das menschliche Leben prägt. Wir erfahren das fast alltäglich selbst.

Phänomenologie ist der Versuch, „das schlicht Erlebte sensibel und vorurteilsfrei zu beschreiben.“ (Coreth) Wichtig ist hier der Begriff des Lebens, in dem wir „hautnah“ stecken – ein Erbe der Lebensphilosophie (z.B. von Bergson und Dilthey) um die 1900-Jahrhundertwende.

Zumal in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften ist es wenig sinnvoll, den anderen Menschen z.B. wie ein Objekt zu betrachten, der mit mechanischen Geräten wie ein Gewitter zu

beobachten und zu erforschen sei. Mit ihm leben wir vielmehr zusammen, und wir haben mit ihm Gemeinsames, das wir nachvollziehen können – auch mit „fernen“ Politikern, die auch in Lebenssituationen leben, die es zu erfassen gilt, u.a., indem wir in den ferneren Ländern leben (und nicht nur zu Kongressen einjetten):

Zusammengefaßt: Das, was wir im und beim Wahrnehmen denken, mit Sinn versehen oder sonstwie auf uns wirken lassen, können wir – oder genauer - kann ich unmittelbar voll erfassen, vor jeglicher theoretischen Konstruktion, Vorurteilslosigkeit vorausgesetzt.

An diesem Punkt bleibt die Phänomenologie nicht stehen. Eine Aussage über die Befindlichkeit irgendeines geplagten Zeitgenossen ist wenig interessant; interessant ist, was viele oder die meisten Menschen plagt. Gefragt ist also eine gewisse Abstraktion, eine Verallgemeinerung, eine Wesenseinsicht – wie es dann hieß – und zwar aus dem Leben heraus; aber im Gegensatz zur üblichen Wissenschaft, von Begriffen auszugehen und darein das Leben zu pressen. Husserl nannte diese Verallgemeinerung „eidetische Reduktion“, die Schau eines Wesens, was allerdings nicht im Sinne von Platons unabhängigen metaphysischen Ideen mißverstanden werden darf – als feste

Substanz außerhalb des Bewußtseins -, sondern vielmehr als durch das Ich und seine Sichtweisen mit geprägtes Wesen.

Stufen des Daseins

Wenn man nun gemäß dieser phänomenologischen Methode unser politisch-soziales Dasein im umfassenden Sinne betrachtet und sich dessen inne wird, so sind mehrere Ebenen, Stufen in unserem Leben zu unterscheiden:

1. Der Eine und der Andere als der Eine für den Anderen ...

Ich bin nicht das isolierte, einzelne Individuum, das der Liberalismus in seiner Theorie des Gesellschaftsvertrages fingiert. Danach schließen die Individuen im „Naturzustand“ (d.h. bevor Gesellschaft überhaupt entsteht) einen Vertrag, der sie zusammenführt, der erst Gesellschaft gründet. Dieser Naturzustand ist vorgesellschaftlich gedacht, wie im früheren Amerika (auf das

einer dieser liberalen Sozialphilosophen, nämlich Locke, Bezug nimmt), in einem Amerika, in dem der einsame Held durch die weite und leere Prärie reitet. Erst als Ausgang aus dieser vorgesellschaftlichen Basis wird Gesellschaft durch Vertrag zwischen Individuen aufgebaut.

Das widerspricht ganz und gar unserer Erfahrung: Wir sind immer Kinder

von Müttern. Babys schließen keinen Vertrag mit ihren Eltern. Der Mensch ist ein „zoon politicon“, wie Aristoteles sagt, ein immer in einer Gemeinschaft lebendes Wesen, auch wenn er später als Wissenschaftler zwischen seinen Büchern vereinsamt.

Diese Gesellschaften der Menschen sind unterschiedlich ausgestaltet: u.a. Familie, Großfamilie, Clan, Stamm, Nation usw. Dies gilt es zu erfassen.

2. Mensch und (nahe) Umwelt

Ich bin aufgewachsen in meiner Heimat, dem nördlichen Bergischen Land, mitten in dem Dreieck, das aus den außerbergischen Städten Düsseldorf, Essen und Wuppertal gebildet wird. Der Ort heißt Neviges, dessen Geschichte bis in die Römer-Zeit zurückgeht, daher gibt es einige, unbedeutendere Reste des Limes hier. Diese Landschaft ist weitgehend durch steile, aber oben kuppelhaft abgeflachte, nicht so hohe Berge mit starker Bewaldung bestimmt, Täler erlauben nur enge, sich hinschlängelnde Straßen. Das prägt fürs Leben. Überall, wo ich heute bin oder wohne, dient als unbedeutender Maßstab für die jeweilige Landschaft der Vergleich mit der Heimat, die die Schönheits-Norm setzt. Daher mag ich nicht die endlosen Ebenen des Münsterlandes, und liebe sehr die herbe Siegerländer Landschaft, auf die ich schaue, während ich diese Zeilen tippe.

Die Berge verhinderten in der historischen Entwicklung, dass Landwirtschaft im größeren Umfang betrieben wurde. Man verlegte sich – auch angesichts der zahlreichen Flüsse – früh aufs Handwerk und daraus hervorgehend auf industrielle Produktion. Wir sehen, hier wird's schon politisch.

Jemand, der am Meer aufwuchs, hat eine andere Lebenssicht und ein anderes (emotionale oder wissensmäßige) Weltgefühl. Andere Landschaften wirken anders, ob im Norden, Süden, Westen oder

Osten. Ressourcen bestimmen, was gemacht und produziert werden kann. Auch die diesbezügliche Geschichte prägt.

3. Mensch und (ferne) Umwelt

Deutschland ist ein sehr internationalisierter Staat. Nach 1945 wurde das Thema „Nation“ und „nationale Interessen“ tabuisiert. Schon zuvor waren sich die Deutschen – als Staat in der Mitte Europas, bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts überzogen von Kriegen – des Internationalen bewußter als andere Völker. Uns scheint oft wichtiger, was in den USA oder in der „Dritten Welt“ passiert, als was bei uns los ist. Das ist schon in Frankreich anders („La Grande Nation“), und erst recht in den USA, die oft provinziell wirken (was sich auch in den Entscheidungen der Kongreßabgeordneten widerspiegelt, die sich sehr eng ihren Wahlkreisen vor Ort verbunden fühlen: America first!) „Ausland“ bedeutet also nicht immer das gleiche.

Die Gesamtheit dieser anthropologisch fundierten Stufen, die wir im Leben als Einheit empfinden und die nur die Wissenschaft analytisch und künstlich unterscheidet (Analyse heißt „schneiden“), bildet den menschlichen Oikos, das Haus im umfassenden Sinne, in dem wir leben; die Lehre davon ist die Ökologie abgeleitet (hier im weiteren Umfang verstanden als der traditionelle Begriff im Sinne von „Umweltschutz“).

4. Was gut und was böse ist Schon Pascal klagte, daß diesseits der Grenzen zuweilen etwas verboten ist, was jenseits der Grenze erlaubt ist. Die Scharia in einer Reihe von arabischen Ländern verbietet vorehelichen Geschlechtsverkehr, während das im liberalen Westeuropa fast zur Pflicht geworden zu sein scheint. Dort wird die Todesstrafe praktiziert; hier erzeugt sie einen Schrei des Erschreckens amoralisierter Professorengattinnen. Es gibt zwar einen weltweiten Grundbestand moralischer Normen, insbesondere was die Norm wechselseitiger Anerkennung zwischen Menschen betrifft; aber wie und in welchem Umfang das verwirklicht wird, ist von Region zu Region, von Land zu Land sehr unterschiedlich. Das werden wir im Folgenden sehen.

Diese phänomenologische Durchdringung des menschlichen Daseins stellt Gesichtspunkte (nicht abstrakte Kategorien!) bereit, nach denen es durchforscht werden kann. Und ich gehe noch einen

Schritt weiter: Diese Gesichtspunkte (Umwelt, der Andere usw.) sind auch in den internationalen Beziehungen von Bedeutung. Denn diese sind nicht prinzipiell unterschiedlich zu den geschilderten sozialen Gebilden.

Zunächst ist jedoch – ehe ich näher darauf eingehe – zu klären, ob ich überhaupt von „internationalen Beziehungen“ sprechen sollte. Das ist ein ideologisch hoch aufgeladener Begriff. Er unterstellt die Vorherrschaft der aus Westeuropa stammenden Nation (als eines staatlichen, bürokratisch-zentralisierten Gebildes, das von einem mehr oder weniger einheitlichen Volk getragen wird), was schon im arabischen Raum fraglich ist, auch in den USA. Er unterstellt weiterhin eine allgemeine Verbundenheit „inter nationes“: aber das ist sehr unterschiedlich, Afrika ist gerade kaum mit außer-afrikanischen Nationen/Regionen verbunden.

Es ist daher statt dessen angebracht, von ökologischen Beziehungen in Großräumen – regional, national, kontinental, interkontinental, ozeanisch – als den Grundeinheiten in der Welt zu sprechen, die unterschiedliche Intensität aufweisen. Das soll nun an Beispielen aufgezeigt werden.

Land und Meer

Europa: Fjorde, Klüfte, Berge und Inseln

Um 1220 beherrschte Dschingis Chan ganz Asien, bis zum Oxus. 1215 hatte er Peking und China erobert. Dort steht er auf einer der ausladenden, okkerrot gefärbten Balkone seines Palastes und schaut mit seinem inneren Auge in Richtung Westen – auf den nahezu unendlich erscheinenden Umfang seines Reiches: die endlosen Steppen im Norden, die fruchtbaren Reisebenen im Süden, die hohen Gebirge nach Indien hin, die Weiten Rußlands. Dann verlieren sich seine Gedanken und er schweifte zu anderen Gebieten der Welt, die ihn interessieren. Aber er ist schon alt. Ja, da sollte noch so etwas existieren, was sich Eiropa oder Europa nennt – hinter dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer gelegen, ein unwirtliches Gebiet, oft kalt und nebelig – zu weit und

unbedeutend – sein westlicher Feldherr hatte ihm davon berichtet. Und vom Raum her ohne Konturen, geographisch vollkommen ausgefranst, irgendwie formlos. Im Norden windet sich eine Halbinsel, etwas kleiner als Japan, und schließt ein kleines Meer ein, das nur über eine enge Passage erreichbar ist. Im Mittelmeer gibt es vier Halbinseln, die in es hineinragen und so Meere für sich bilden, und wenn man so will, so ist dieses Europa insgesamt eine kleine Halbinsel – what for? Oft sind die Unter-Halbinseln so dünn mit dem Festland verbunden, daß sie faktisch Inseln sind. Und dann dieses Griechenland, nur Buchten und ein Sternenhimmel von Inselchen.

Im Norden, im Nord-Atlantik sind fünf große Inseln diesem Kontinent vorgelagert und bilden zum Nordpol hin das Europäische Nordmeer sowie die (fischreiche) Barentsee. Und die Gebirge liegen kreuz und quer:

die einen in west-östlicher Richtung, andere ragen nach Süden, und auch in die Richtung der Flüsse ist keine Ordnung zu bringen – das ganze nicht viel größer als Kasachstan, die Mongolei und Japan zusammen genommen. Erst diesseits des Ural wird es wieder übersichtlicher.

Das ist Europa, zerklüftet wie Griechenland im kleinen: In jedem Tal ein eigener Staat. Dazwischen Berge und Höhenzüge. Und auf den Bergen wieder eigene Staaten, wie z.B. die störrische Schweiz, die nie erobert wurde – selbst von Hitler nicht. Auf ihrer Insel haben sich die Engländer verschanzt, die Nordseeanrainer hinter undurchdringlichen Sümpfen, die Wikinger auf ihrer meer- und berggeschützten Halbinsel. Italien ist ohnehin eine in sich ruhende Einheit für sich, ebenso Spanien. Das einzige, geographisch nicht abgegrenzte Gebiet ist Deutschland zwischen West und Ost – vor allem offen nach Osten. Wo ist des Deutschen Vaterland?

Umfassende, großräumliche Herrschaft wie in China oder in Indien oder auf den weiten, ungehindert zu durchstreifenden Steppen Rußlands ist kaum möglich. Die zahlreichen herrschaftlichen Gebilde bleiben klein und führen oft Krieg gegeneinander, weil es keinen gibt, der machtvoll zwischen ihnen richten kann. Es ist kein Raum für ihn da. Der Kaiser und der Papst versuchten größere Reichsbildungen: insbesondere das Heilige Römische Reich deutscher Nation, aber es zerfiel. Denn das strukturelle Problem war, daß eine „Zentralmacht“ (H.-P. Schwarz) wie das Deutsche Reich eigentlich dazu prädestiniert war, die Vorherrschaft über West- und Osteuropa zu errichten (juristisch war es ja auch der Anspruch des Kaiseramtes), wie es ja

auch in zahlreichen Weltgegenden geschah: das Arabische und Osmanische Reich, die Indischen Reiche, das Chinesische Reich, das Reich der Inkas usw. Hier gab es auch günstige geographischen Verhältnisse: das fruchtbare Kernland in China, das östliche, nicht zerklüftete Mittelmeer, der Verlauf des Ganges ...

Ein europäisches Reich kam jedoch nicht dauerhaft zustande, weil das prädestinierte deutsche Reich in der geographischen Mitte Europas dazu nicht in der Lage war. Es suchte die Grenze im Osten, dehnte sich weit dorthin aus, bis ins Baltikum und andere deutsche Siedlungsräume im Osten und Südosten – aber es „zerlief“ dort, fand keine Grenze, erschöpfte sich. Auch in Italien suchte es die europäische Einheit zu verwirklichen, da das Land von seinem römischen Ursprung her zum Reich gehörte, aber allein die Alpen waren ein großes und ständiges Hindernis. Die Ost-Expansion (+ zuweilen Kreuzzüge in den Südosten) forderten viele Kräfte an „falscher“ Stelle, so daß eine Einigung von Westeuropa nicht möglich war. Zudem entzogen sich Spanien, England und Skandinavien durch geographische Ferne, Rußland durch seine Weite, es verblieb nur Frankreich, mit dem Deutschland, oder genauer: Österreich aber in Dauerkonflikt lag. Frankreich gelang zwar eine zentralisierte Einigung, jedoch war es

zu schwach, die europäische Einigungsrolle zu übernehmen (sieht man von der kurzen napoleonischen Zeit ab). Und Deutschland war territorial so zersplittert, daß es erst 1870/71 als Nation erstand. Die Zeit der europäischen Bürgerkriege begann schon im Mittelalter. Da eine Einigung in Europa nicht gelang, kam es auch in der Neuzeit zu einer Welle von Kriegen: der Dreißigjährige Kriege, die Erbfolgekriege zu Beginn des 18. Jahrhunderts, der Siebenjährige Krieg 1757 – 1763; die Napoleonischen Kriege, die Kriege zur Gründung Italiens und Deutschlands und schließlich der Erste und der Zweite Weltkrieg. Auch in den anderwärtigen Reichen gab es natürlich Kriege, aber eher im Sinne von Separationen oder Putschen, nicht im Sinne von Bürgerkriegen. Das war das einmalige Schicksal des europäischen Kontinents, zumal dann hier die Kriege auch noch ideologisch unterfüttert wurden: Protestanten gegen

Katholiken, Republiken gegen Monarchien; Sozialisten gegen Bürgerliche; Demokraten gegen Faschisten.

Die Kriege in Europa sind also Folge seiner Dezentralität, die von Vor- und von Nachteil war. Die Nachteile in der Form ständiger Kriege haben wir aufgezeigt. Die Vorteile bestanden und bestehen darin, daß diese Fehlen zentraler Herrschaft, wie es u.a. auch im Feudalismus zum Ausdruck kam, Freiheit an der gesellschaftlichen

Basis ermöglichte: Freiheit der Städte und des dortigen Bürger­tums, Freiheit der Fürsten gegen den Kaiser; auch Freiheit des niederen Adels; Freiheit auch der Märkte; Freiheit der Parlamente. Aus all dem entstand – nur in Westeuropa – die moderne, kapitalistische Marktwirtschaft, die dezentral ist, und die parlamentarische Demokratie westlicher, individualistischer Prägung – (womit nicht gesagt werden soll, daß woanders auch, z.B. in Subsahara-Afrika, genossenschaftliche und tribale Ansätze zur Demokratie zu verzeichnen sind, wenn sie auch nicht langfristig tragfähig waren.)

Europäische Bürgerkriege und europäische Demokratie sind daher zwei Seiten der einen Medaille. Was dann seit 1945 als europäische Einigungsbewegung politisch wirkungsmächtig wurde, war und ist letztlich eine verspätete Reichsbildung unter modernen Bedingungen. In geschichtlicher Perspektive schloß und schließt sich in der EU das christliche West- (und Ost-Europa) zusammen.

Dieser geschichtlichen Bedingung wird von allen sog. Integrations­theorien nicht gesehen, da sie in positivistischer Tradition historisch blind sind, d.h. nur das jetzt Gegebene (das „Positivum“) wird gesehen, nicht dessen Gewordensein. In der Europäischen Union wuchs letztlich zusammen, was seit langem

zusammengehört – um einen Ohrwurm von Willy Brandt aufzugreifen. Die funktionalistische Integrationstheorie sieht z.B. vorrangig den ökonomischen Integrationsprozeß, beginnend mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952, als Folge wachsender grenzüberschreitender ökonomischer und sozialer Beziehungen zwischen den Staaten Westeuropas: Der Handel nimmt zu, ebenso der Austausch von Rohstoffen; auch der grenzüberschreitende Verkehr z.B. im Tourismus und Rohstofftransport. Diese wachsende Interdependenz erfordere nun eine Regulierung auf zwischen- oder gar überstaatlicher Ebene, damit sich diese Interdependenzen nicht zum Schaden der Beteiligten auswirken. Es bedarf zudem der Abstimmung und Harmonisierung bei Interdependenzen, um beispielsweise alleine grenzüberschreitende Wanderungsprozesse von Arbeitnehmern optimaler gestalten zu können: Es muß gesichert sein, daß ein französischer Arbeitnehmer, der lange in Deutschland gearbeitet hat, nach Rückkehr in seine Heimat auf die in Deutschland erworbenen Rentenansprüche zurückgreifen kann. Dazu bedürfe es internationaler Organisationen, die begrenzt auf diese Aufgaben diese Fragen lösen. Der Funktionalismus kann aber nicht erklären, warum es in anderen Weltgegenden trotz enger Verflechtung nicht zu einer Integration kam, z.B. zwischen Mexiko und den USA: Mexiko

exportiert 90% seiner Ausfuhren in die Vereinigten Staaten. Hier gibt es zwar mittlerweile die NAFTA, die nordamerikanische Freihandelszone, die die Zölle in diesem Raum reduziert. Aber mehr nicht. Dazu sind die kulturell-historischen Unterschiede zwischen den USA und Mexiko zu groß – im Gegensatz zu Europa.

Letztlich geht der funktionale Ansatz von einem liberalen Weltbild aus: Der einzelne Mensch, bevorzugt der Marktbürger, entscheidet rein vernunftgemäß, daß es vorteilhafter ist, mit Marktbürgern in anderen Staaten zu kooperieren, als sie zu bekämpfen. Das ist der Kantische Idealismus, der sich hier, vor allem auch in der politiktheoretischen Tradition der USA, niederschlägt. Der aufgeklärte Bürger handle langfristig vernünftig, indem er grenzüberschreitenden Handel betreibe und historische Hindernisse überwinde; daher vermeide er Kriege, nur böse Diktatoren führten Kriege – gegen den Willen der Menschen. Denkt man das zu Ende, wird der Staat aufgelöst in die freiwillige, funktionale Kooperation der Bürger über einen Markt, der sich gemäß den Gesetzen von Angebot und Nachfrage selbst reguliere. Diese Art von Argumentation wird auch in der Disziplin der Internationalen Beziehungen „Idealismus“ genannt (und im heutigen Globalismus fortwirkt). Daß es dann dennoch zuweilen zu Kriegen kommt – ohne Diktatoren, sondern unter Beteiligung

kriegsbegeisterter Massen (man erinnere sich nur des Jugoslawien-Krieges), kann „idealistisch“ nicht erfaßt werden.

In dieser idealistischen Tradition stehen eine Reihe von Nachfolge-theorien, die das Entstehen von internationalen, grenzüberschrei-tenden Gemeinschaften zu begründen versuchen.

Die Interdependenztheorie betont vorrangig – wie der Name sagt – die (wirtschaftliche, kulturelle, politische, soziale) Interdependenz, die Abhängigkeiten zwischen Staaten, die zur Kooperation zwängen. Denn die Staaten seien durch Ereignisse in anderen Staa-ten immer verletzlicher: wenn in den USA die Zinsen steigen, tan-giert uns das in der EU direkt. Und das erzwingt oder zumindest: ermögliche Zusammenarbeit.

Die Regimetheorie befaßt sich mit dem Entstehen informeller Regelungen zwischen Staaten, nicht unbedingt verfestigte Organi-sationen, sondern das verlässlich aufeinander abgestimmte Verhal-ten und Handeln. Z.B.: Staaten vereinbaren mit anderen Staaten in bestimmten Situationen regelmäßig wiederkehrend bestimmte um-weltpolitische Standards, weil das Kooperieren für alle vorteil-hafter ist als das Nichtkooperieren. Man sieht: auch hier wieder die Vernunftannahme. Diese informellen, vernunftbasierten Koordina-tionen werden bei einer bestimmten Dauer als „Regime“ bezeich-net. Die historischen Voraussetzungen werden missachtet.

Der Frage des Krieges widmet sich die Gegentheorie zum Idealismus, der sog. Realismus. Er wurde in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geschichtsmächtig, denn gerade in dieser Zeit begannen Realisten wie der amerikanische Diplomat G. F. Kennan, die idealistische Politik des us-amerikanischen Präsidenten Roosevelt zu kritisieren. Roosevelt zielte auf eine amerikanisch-sowjetische Doppelhegemonie über die Welt; implizit war hier die Möglichkeit eines friedlichen Zusammengehens der beiden Supermächte vorausgesetzt, durchaus in idealistischer Tradition. Daß dann – statt zu kooperieren – die Sowjetunion expandierte und bis zur Elbe vormarschierte, machte das „one-world“-Konzept illusorisch.

Darauf wiesen die „Realisten“ hin: Normal zwischen den Nationalstaaten sei die Konkurrenz um Einflußzonen und Macht, da die Menschen – und auch die Staatsmänner – nach der christlichen Erbsündenlehre zumindest potentiell, wenn nicht oft auch tatsächlich böse, aggressiv usw. sind. Nur die Polizei oder Gerichte können das im Innern der Staaten eindämmen, indem die normwidrig (= böse) Handelnden ggf. ins Gefängnis abtransportiert werden. Aber zwischen den Staaten gibt es keine Polizei und keine Gerichte, die verbindlich entscheiden können. Oft wird die internationale öffentliche Meinung als Ersatz

angesehen, aber auch sie kann gegen Gewehre nichts ausrichten: Worte unterliegen meist gegen Fäuste. In der internationalen Politik helfe daher – so die Realisten - gegen das „Böse“ (Hitler, Stalin, Saddam Hussein) oder bei Streitigkeiten nur das Gleichgewicht der Mächte, d.h. konkret: wenn ein Staat sich militärisch angriffswillig zeigt, muß man eine militärische Gegenmacht aufbauen, um abzuschrecken, oder halt auch notfalls gegen den Angreifer in den Krieg ziehen, wenn anders das Gleichgewicht zwischen den Staaten nicht wiederhergestellt werden kann. Und weiter: Zwischen den Staaten gebe es nur dann Zusammenarbeit, wenn die nationalen Interessen gleich oder zumindest ähnlich sind. Das gilt aus dieser Sicht auch für den europäischen Einigungsprozeß. Der war und ist nur deshalb erfolgreich, weil die beiden großen Staaten Westeuropas, Frankreich und Deutschland, ähnliche bzw. sich ergänzende, nationale Interessen hatten (und haben): 1958 – als der EWG-Vertrag in Kraft trat – war Frankreich am Export seiner Agrarprodukte u.a. nach Deutschland gelegen; und Deutschland wollte seine Industrieprodukte (insbesondere des Maschinenbaus) nach Frankreich ausführen, das kaum über eine eigene Maschinenbauindustrie verfügte. In der Gegenwart ist es darüber hinaus das beiderseitige Bestreben, ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Gegengewicht gegen die Dominanz der USA

zu bilden. U.a. deshalb wird die Westeuropäische Union (WEU) als Verteidigungsgemeinschaft neben der NATO innerhalb der Europäischen Union ausgebaut. Der realistische Ansatz ist per se und von seiner Tradition her historisch ausgerichtet. Nationale Interessen werden als gewachsen betrachtet, die sich in der langen Geschichte der Nationalstaaten entwickelt haben und durch diese historische Fundierung auch über die Zeiten hinweg relativ konstant sind, z.B. das ständige Streben der russischen Außenpolitik zu den Meeren (Ostsee, Atlantik, Mittelmeer, Indischer Ozean, Pazifik), um den Kontinentalstatus des Landes zu überwinden und einen weltweiten Aktionsradius vermittels einer Flotte zu gewinnen. Der realistische Ansatz ist vor dem Hintergrund einer langwährenden Entstehungsgeschichte der europäischen Nationalstaaten eher integrations-skeptisch, denn für ihn sind die Nationalstaaten die zentralen Akteure der internationalen Politik, deren Interessen auch widerstreiten können – auch in der EU. So konkurrieren Frankreich und Deutschland schon traditionell seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts um Einfluß in den ost- und mitteleuropäischen Staaten. Damit ist der „Realismus“ sicherlich wirklich realistischer als der funktionalistische Optimismus, der von einem ständigen Fortschreiten der Integration ausgeht, wenn der erste Impuls gesetzt worden sei. Aber letztlich ist die Analysekraft des

Realismus auf die Zeit seit der französischen Revolution oder seit dem Westfälischen Frieden 1648 beschränkt, seitdem in Europa so etwas wie der Territorial- oder Nationalstaat entstand, also einem Staatsgebilde, das auf einem zusammenhängenden Territorium durch einen zentralisiert-bürokratischen Militär- und Steuerstaat zu einem mehr oder weniger einheitlichen Volk oft gewaltsam zusammengeschweißt wurde (und wird). 1789 kam dazu eine nationalistische Ideologie, die die jeweiligen Gebilde auch geistig zu einen vorgab. Daß die europäische Mitte vor und nach 1648 in Form eines locker organisierten Reiches strukturiert war, gerät hier aus dem Blick: Es war (und ist) das christliche Abendland, das sich gegen den muslimischen Orient abgrenzte - zunächst in den spanisch-katholischen Reconquista-Kriegen gegen die arabischen Herrscher auf der Halbinsel; dann auf dem Balkan im 17. Jahrhundert gegen die vordringenden, osmanischen Türken. Und diese Tradition setzt sich bis heute fort. Noch in der Abendland-Diskussion zur Zeit Adenauers war sie präsent (West-Europa = christliches Abendland, gegen den atheistischen Kommunismus im Osten). Die Schwierigkeit bei der Zulassung der (islamischen) Türkei als EU-Beitrittskandidat deutet darauf hin, daß ein Teil der westeuropäischen Eliten dieses Europa westlich-christlich-demokratisch definiert.

Begrifflich ist es wegen dieses Mangels dem Staatsrecht und der Politikwissenschaft bis heute nicht gelungen, die Europäische Union in der Art, wie sie sich mit dem Vertrag von Nizza entwickelt hat, adäquat zu erfassen. Sie ist keine internationale Organisation mehr - als (meist sachbezogen beschränkter) Verbund von Staaten mit jederzeitigem Austrittsrecht -, sie ist aber auch noch kein (National-)Staat im traditionellen Sinne, da vor allem eine gemeinsame Sprache (und damit eine gemeinsame Medien-Öffentlichkeit und Identität) fehlt. Es gibt noch nicht einmal eine gemeinsame Verwaltung, denn die EU-Kommission muß auf die Verwaltungen der Mitgliedstaaten zurückgreifen. Aber die EU hat eine Aura, sie ist eine Wertegemeinschaft, und das nicht nur in den Sonntagsreden. Die gemeinsame Geschichte Europas (ohne Rußland) besteht in dem langen Prozeß der Herausbildung dezentral-demokratischer und dezentral-marktwirtschaftlicher Strukturen, die den ideologischen Kern Europas ausmachen. Diese lange Geschichte ist in den kollektiven Gedächtnissen der europäischen Gesellschaften bewußt oder unbewußt präsent. Nur in Deutschland, das 1945 infolge der Greuel des Nationalsozialismus sein Gedächtnis verlor, gibt es hinsichtlich des historischen Gedächtnisses Probleme.

Die NATO und der Atlantik

Andersen und Woyke schreiben allgemein: „Seit dem 19. Jahrhundert haben die grenzüberschreitenden Austauschprozesse aller Art rapide zugenommen und mit dem wachsenden Interdependenzgrad auch zu einem erhöhten Organisations- und Regelungsbedarf geführt. Internationale Organisationen sind eine Antwort auf diese Entwicklung, indem gemeinsame Interessen auf vertraglicher Basis mit Hilfe spezieller Institutionen verfolgt werden. Internationale Organisationen übernehmen damit ansatzweise eine Steuerungsfunktion im internationalen System.“ Ich behaupte nun im Anschluß, daß diese zwischenstaatlichen Verflechtungsprozesse vor allem im regionalen Kontext verlaufen. Verflechtungen finden – wie im häuslichen Nahbereich – zwischen Nachbarn statt, und nur selten über weite Entfernungen oder gar weltweit. Gemeinschaft ist Ergebnis gemeinsamer Örtlichkeit, gemeinsam geteilten Raumes, auch gemeinsam erschlossenen und beherrschten Raumes – sei es, indem man Häuser baut, oder weite Überlandstraßen und Kanäle, die überhaupt erst Herrschaft gründen: Wenn man ein fernes Dorf herrschaftlich in den Griff kriegen will, muß man eine Straße bauen, um die Polizei notfalls dorthin bringen zu können. Oder frei nach Carl Schmitt: Ortung

führt zur Ordnung. Es gibt hier einen typischen sozialen Prozeß der Gemeinschaftsbildung: Die Anrainer und Anwohner bedürfen zunächst eines rudimentären Gemeinschaftsbewußtseins. Das ergibt sich aus zahlreichen Kontakten (und daraus entstehenden gemeinsamen Regeln, die diese Kontakte durch gemeinsame Kommunikationsnormen erleichtern.). Dann weiß man: Der gehört dazu, und der nicht. Man trifft sich informell an gemeinsamen Plätzen, dem Markt, oder an gemeinsamen Symbolen: der Eiche vor dem Dorf, dem hohen Berg in der Nähe, dem Turm in oder vor der Stadt. Diese geographischen Symbole wirken selbst dann, wenn man sich zuvor auf sie nicht geeinigt hat. Man stelle sich vor: Mehrere Menschen wollen sich treffen, haben aber nicht vereinbart wo. Wohin gehen sie aller Wahrscheinlichkeit nach? Eben zu den geographischen Auffälligkeiten, die damit auch den sozialen Raum strukturieren. Oder es gibt Dritte, bzw. bestimmte Teilnehmer, die das Treffen organisieren. Mit der Zeit bilden sich aus diesen Verflechtungen Institutionen, wenn es den Interessen der Teilnehmer entspricht. Bis es zu einer Stadt oder zu einer internationalen Organisation in einem bestimmten Raum kommt. Gesellschaften sind nicht ortlos. Auch internationale Organisationen nicht, was es hier zu beweisen gilt.

Diese Stadien sozialer Entwicklung gelten auch im internationalen Bereich, nicht immer, aber oft. Gesetzmäßigkeiten sind hier nicht möglich. Prinzipiell sind jedoch keine Unterschiede zwischen lokalen und internationalen Gemeinschaften festzustellen: beide werden von den beteiligten Menschen in ihren ökologischen Räumen geschaffen. Auch Devisenhändler in global vernetzten Systemen handeln – trotz anderwärtiger Annahmen der Systemtheorie und der Wirtschaftswissenschaften - wie Menschen (und nicht als Systeme), auch wenn sie nur mit anderen Computern interagieren, die jedoch auch nur wieder Menschen und deren Handlungsmaximen repräsentieren. Allerdings sind die zentralen Städte des Devisenhandels (New York, London, Tokio usw.) nicht örtlich miteinander verbunden – daher sind diese Netze wahrscheinlich fragil und können leicht zerbrechen. Ortlose Organisationen sind fragil, ständig vom Zerfall oder Scheitern bedroht. Die Hanse zerfiel, ebenso der Völkerbund, während Frankreich seit 1000 Jahren besteht. Hier ist auch die sog. Globalisierung als ortloser Prozess einzuordnen.

Diese Globalisierung, wie sie heutzutage allgegenwärtig diskutiert und heraufbeschworen wird, vollzieht sich bei realistischer Betrachtungsweise

(in des Wortes doppelter Bedeutung) zwischen den Industrieregionen in Nordamerika, Westeuropa und Japan (plus einiger Ausläufer jeweils in südlicheren Gegenden). Am wirksamsten wird sie auf den technisch verbundenen Devisenmärkten, wo selbst noch die geringsten Währungskursdifferenzen für Währungstransfers genutzt werden, um daraus Profit zu schlagen. Das erzeugt zuweilen Turbulenzen auf diesen Märkten – und kann bis zur Destabilisierung ganzer Volkswirtschaften führen, so 1997, als große Kapitalmengen aus Südostasien abgezogen wurden – und dort infolgedessen die Volkswirtschaften in eine schwierige Krise brachten. Prozesse, wie wir sie schon früher hatten. U.a. wurde die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre dadurch erheblich verschärft, daß der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion bekannt wurde. Darauf hin zogen die Franzosen – als Gegenschlag – ihr Kapital aus Österreich ab, dort brachen infolgedessen Banken zusammen, was einen Strudel erzeugte usw. ... Nicht Neues also! Aber sei's drum, ich werde das Thema weiter behandeln.

Die Globalisierung ist (scheinbar) allüberall – und damit ortlos. Sie wurde von den Nationalstaaten ermöglicht, als diese zu Beginn der 90er Jahre beschlossen, die Kapitalverkehrskontrollen fast gänzlich zu beseitigen. Und sie können sie auch wieder einschränken, z.B. seitens der EU, wenn die nationalistische

Gegenwehr gegen die Globalisierung weiter zunimmt. Die Globalisierung ist weitgehend beschränkt auf den Kapitalverkehr, wie gesagt – aber in diesem Aspekt sehr begrenzt. Über 90% der Investitionen und auch des Handels werden immer noch im jeweiligen Nationalstaat getätigt. Jeder Unternehmer wird sich fragen, ob er seine Produktionsstätte wirklich in ein anderes Land verlegen wird. Denn das ist ja nicht so einfach wie die Organisation des Urlaubs in einem anderen Land. Die Verlagerung von Betrieben kommt daher auch nur selten vor, vor allem nicht in einer dominant mittelständischen und über den Staat laufenden Wirtschaft wie der Deutschlands. (Arbeitskräfte wandern noch weniger, auch in der EU – nebenbei gesagt.) Erstaunlich ist nur, daß die Wissenschaftsgemeinschaft der Internationalen Beziehungen trotzdem derart auf diesem Globalisierungstripp reitet (Stichwort: Projekt „Global governance“).

Aber es ist Mode, und der gilt es sich anzupassen, um „in“ zu sein. Es liegt wohl auch daran, daß ein personeller Verbund von internationalisierter Wissenschaft, oder genauer: von internationalisierten Wissenschaftsmanagern, von „Welt“-Politikern und von bestimmten Jet-Set-Managern besteht, die auch tatsächlich in diesem westlich-globalisierten Raum leben (von Konferenz zu Konferenz), der damit auch für sie wirklich existiert. Aber nur für sie! Hier ist also ein manifester Fall ideologischen (=

falschen) Bewußtseins gegeben. Hier lebt der Typ von Wissenschaftler, der zwar die Konferenzhallen von Rio de Janeiro kennt, aber nicht die Slums, und der dann Slumsanierungspläne entwirft und mehr Entwicklungshilfe fordert, die dann nur westliche Standards durchsetzt. Gerade die Diskussion um die sog. Pisa-Studie zeigt das Fiktive dieses Globalisierungs-,„Diskurses“. Es ist zunächst einmal schon gewagt, Bildungssysteme aus so unterschiedlichen Kulturen wie die Japans, Finnlands und Deutschlands zu vergleichen. Und der Verweis auf Finnland mit dem besten Bildungssystem, was die Lesefähigkeit betrifft, ist trügerisch. Finnland hat beim Lesen zwar wirklich die besten Erfolge, was das Entziffern u n d Verstehen von Texten betrifft, aber warum? Vor allem deshalb, weil infolge der russischen Besetzung des Landes (bis 1918) die finnische Sprache als nationales Abwehrinstrument gegen die Okkupation gesehen und verwandt wurde, indem intensiv das Finnische gelehrt wurde – mit positiven Folgen bis heute. Aber wie sollen Deutschland oder andere Staaten davon lernen? Sollen wir eine russische Besetzung provozieren (die wir bis 1990 teilweise ja immerhin schon hatten)? Die Pisa-Studie ist ortlos, so wie manche Theorien der Internationalen Beziehungen.

Internationale Organisationen erwachsen – wie Staaten - aus der Gemeinsamkeit von Orten – das ist die These hier: Aus der historisch- kulturellen, gemeinsamen Leitkultur in Westeuropa und im nordatlantischen Raum z.B.:

Im nordatlantischen Raum haben sich seit der Entdeckung Amerikas zu Beginn des 16. Jahrhunderts enge Beziehungen entwickelt, indem sich an der Ostküste Nordamerikas Briten, Holländer, Franzosen, Deutsche usw. dauerhaft niederließen. Die Siedler standen weiterhin in Kontakt mit ihrer Heimat, indem immer neue Siedler kamen und Handel betrieben. Auch der dann ausbrechende Unabhängigkeitskrieg zwischen den USA und der britischen Krone war eine Art von Kontakt, wenn auch durchaus negativ. Aber er war für die Zukunft ein symbolischer Bezugspunkt für beide Seiten: für die Vereinigten als großer Befreiungsakt; für die Briten als Beginn einer für beide Seiten gleichberechtigten Beziehungen zu Nordamerika. Großbritannien als Europa vorgelagerte Insel war und ist ohnehin ein geographischer Vermittlungsort zwischen beiden Ozean-anrainenden Kontinenten des Nordens – auch wegen der mit den USA gemeinsamen Sprache, wegen der gemeinsamen Geschichte, wegen der ähnliche politischen Kultur. Kulturgeschichtlich müßte man genauer sagen, daß Großbritannien eine Insel direkt vor der amerikanischen Ostküste ist. Großbritannien war es im 19.

Jahrhundert dann auch, das die Industrialisierung in den Vereinigten Staaten (und in Südamerika) finanzierte. Im 20. Jahrhundert griffen die USA in zwei Weltkriege zugunsten der Engländer (und Franzosen) entscheidend ein; seit 1945 wurden amerikanische Truppen in Westeuropa auf Dauer stationiert. Die NATO ist der institutionelle Ausdruck dieser langfristigen Kooperation.

Der Nordatlantik trennte und verband.

Das sollte auch ein Charakteristikum der Nato werden, und eine der Gründe für ihre erstaunliche Stabilität. Die Nato wurde 1949 als militärisches Bündnis zur Abwehr der (kommunistischen) Russen gegründet. Sie sollte auch dazu dienen, die Deutschen – als Bündnispartner - so kräftig zu umarmen, sprich: einzubinden, daß sie auf absehbare Zeit nicht mehr (militärische) Sonderwege gehen würden (Erster und Zweiter Weltkrieg). Die NATO ist faktisch von den USA dominiert, die vom finanziellen und technologischen Potential her am stärksten sind. Andererseits besteht gemäß Bündnisvertrag faktisch für den Kriegsfall keine Bündnispflicht, wenn ein Mitgliedstaat des Bündnisses angegriffen wird. Jeder Staat kann dann den Beitrag leisten, den er als genügend empfindet, und sei es nur eine Militärkapelle. Die Entscheidungen

im Bündnis fallen zudem einvernehmlich, jeder Staat hat damit ein Vetorecht.

Das Interessante ist nun, daß es trotzdem funktioniert. Warum? Meist wird zur Erklärung darauf hingewiesen, daß das Bündnis in den 50er und 60er Jahren von der Übermacht der USA zusammengehalten, zusammengezwungen wurde – trotz des Ausscherens Frankreichs unter dem französischen Staatspräsident de Gaulle seit 1963. Und zweitens: Seit Beginn der 70er Jahre verloren die USA an Macht und Einfluß – durch die starke Abwertung des Dollars, durch den Zerfall des USA-zentrierten Weltwährungssystems von Bretton Woods und infolge des Verlustes im Vietnam-Krieg. Angesichts der Relativierung dieses NATO-Machtstabilisators überlebte die NATO dennoch, weil – so die Theorie der sog. Institutionalistin in der Disziplin der Internationalen Beziehungen – sich eingewöhnte Verhaltensregeln zwischen den Eliten am Nordatlantik herausgebildet hatten, die zu bewahren und fortzusetzen für alle vorteilhaft waren. Bestehende Institutionen erleichtern den Informationsaustausch, können Konflikte reduzieren, stellen Plattformen für Treffen dar usw. –

Ich möchte in Ergänzung zu diesen Erklärungsversuchen folgenden, weiteren Ansatz vorschlagen, warum die NATO nicht zerbrach (auch wenn sie gegenwärtig – 2002 – während des Anti-Terrorkrieges nach dem Angriff auf das World Trade Center vom

11.9.01 faktisch lahmgelegt ist, weil die USA alles alleine machen – wegen der Widerstände aus Europa, die gewisse militärische Aktionen, insbesondere gegen den Irak, nicht mittragen wollen). Um die Antwort in einem Diktum zu formulieren: Die NATO hat für ihre Überlebensfähigkeit den großen Vorteil, daß die Führungsmacht dieses militärischen Bündnisses und die kleineren Partner durch einen großen Ozean getrennt sind. Der Effekt dieses Geographikums ist zweifach oder genauer - ambivalent: Die Dominanz der Supermacht, die leicht zum Streit führen kann, wird abgeschwächt, sie ist weit weg; den Kleinen wird es erleichtert, mit Gulliver zusammenzuarbeiten, wenn sie ihm nicht sogar auf den Kopf steigen (de Gaulle). Das hat aber andererseits zur negativen Konsequenz, daß die Kleinen in Westeuropa nicht gewiß sein können, ob Gulliver aus dem weit entfernten Amerika auch wirklich kommt, wenn sie dessen Hilfe gegen den bösen Wolf benötigen, denn sie haben den großen Freund zuvor zu sehr geärgert oder: Gulliver ist gar nicht bereit ist, in dem entfernten Europa für Fremde sein Leben zu opfern und seine Soldaten vom bösen Wolf fressen zu lassen. Die erste Gefahr war die Befürchtung von de Gaulle, weshalb er 1965 Frankreichs Mitgliedschaft im militärischen Teil der NATO kündigte und lieber auf die eigene Atomkraft vertrauen wollte. Die anderen NATO-Staaten überdeckten das Problem einer evt. Nicht-Hilfe der

USA durch Scheinlösungen (z.B. Beteiligung der europäischen Staaten an der Nuklearplanung der NATO/USA, um ihnen das Gefühl – mehr nicht! - zu geben, sie könnten mit über den Einsatz von Atomwaffen im Falle eines Angriffes des bösen Wolfes entscheiden. Denn notfalls handeln die USA alleine, ggf. auch gegen europäische Interessen. Jeder ist sich selbst der nächste, heißt es potentiell immer noch in der internationalen Politik).

Trotz dieser strukturellen Differenz in der NATO ist sie stabil, weil sie in einem gemeinsamen, historisch und kulturell gewachsenen Lebensraum dies- und jenseits des Atlantik fundiert ist: der Wertegemeinschaft der atlantischen Revolution (amerikanische + französische Revolution + antifaschistischer und antikommunistischer Feldzüge).

Der Südatlantik ist demgegenüber (bis heute) kein gemeinsamer Raum der Anrainer-Staaten, da es hier so gut wie keine geo-soziale Strukturierung gibt. Im 16. und 17. Jahrhundert wurden zwar insgesamt mehr als 20 Millionen Afrikaner nach Amerika versklavt. Aber heutzutage sind die Beziehungen dieser Ameriko-Afrikaner zu ihren Vätern minimal. Auch engere ökonomische oder sonstige Beziehungen zwischen den ehemaligen portugiesischen Kolonien im Westen Afrikas und dem

portugiesischsprachigen Brasilien sind kaum zu verzeichnen. Und der Einsatz castro-kubanischer Soldaten zugunsten der kommunistischen Regierung Angolas Ende der 70er Jahre wurde allgemein eher negativ vermerkt und schuf kein Gemeinschaftsbewußtsein. Brasilien hat einen großen Binnenmarkt, und seinen Handel wickelt es vor allem mit Argentinien und mit dem Norden ab. (Allerdings sind die Beziehungen zwischen der iberischen Halbinsel – z.T. auch im Auftrage der EU - und Lateinamerika enger, sie sind aber eher bilateral und nicht inter-regional). - Der südatlantische Raum ist geographisch auch kaum strukturiert, keine Landbrücken oder hervorragende Halbinseln oder vermittelnde Inseln. Nur hier und da ein Klecks. Versuche, diesen Raum (sicherheits-)politisch auszubilden, scheiterten in den 70er Jahren: Die burisch-rassistische Regierung Südafrikas hatte – analog zur NATO – eine Südatlantik-Verteidigungsorganisation zusammen mit lateinamerikanischen Staaten vorgeschlagen. Aber keiner wollte mit dem rassistischen Südafrika kooperieren.

Günstiger ist die Lage im Pazifik, in dem Japan als geographischer und ökonomischer Mittler zwischen Ost und West dienen kann. Japan war daher zu Beginn der 90er Jahre auch einer der zentralen Promotoren, als die APEC – eine transpazifische Freihandelszone

– geschaffen wurde. (APEC = Asean Pacific Economic Cooperation, u.a. mit der Mitgliedschaft der USA, von Japan, Mexiko, Rot-China, Indonesien usw.) APEC-Institutionen sind die wie fast aller internationalen Organisationen: Vollversammlung aller Staaten (vertreter), meist Minister; Vorstand aus einer Auswahl von Staatenvertretern; Generalsekretariat mit Generalsekretär zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten und zur Umsetzung der Beschlüsse; Ausschüsse. Langsam, aber immerhin wurde der Freihandel in diesem Raum gefördert. Bedingt auch durch die kulturellen Kontakte zwischen China und den USA z.B.: In den USA leben ??? Chinesen und ??? Japaner. Australien, Neuseeland und Nordamerika haben eine gemeinsame angelsächsische Kultur.

Im indischen Ozean ist man noch nicht so weit, obwohl hier Madagaskar als Vermittler dienen könnte – Madagaskar (und noch mehr Mauritius) sind von einer indisch-malaysisch-afrikanischen Mischbevölkerung bewohnt. Diego Garcia mitten drin könnte als Mittelpunkt dienen, scheidet mit dieser Funktion aber aus, da es raumfremd von Briten beherrscht wird und zudem als zentraler Militärstützpunkt dient. Die ostafrikanische Küste wurde bis zur europäischen Eroberung von Arabern oder von Arabien (Oman) aus beherrscht. Bis heute leben dort zahlreiche afrikanische

Moslems, in Südafrika gibt es eine starke indische Minderheit. Der westliche Indik war ein arabisches Binnenmeer – mit intensiven Handelsbeziehungen.

Heute gibt es als gemeinsame Organisation nur die schwache Indian Ocean Commission (IOC), wahrscheinlich deshalb. Alle Indik-Anrainer sind stark auf die Ökonomien des nordatlantischen Raumes ausgerichtet; zudem wurde in Afrika zeitweise (z.B. in Uganda der 70er Jahre unter Idi Amin) eine Politik der Ausweitung von Indern (insbesondere von indischen Händlern) betrieben. Denn der Austausch mit den armen Staaten Afrikas lohnt kaum. Die IOC ist daher nur eine Einrichtung zur Regelung technischer Fragen im Bereich des Handels und der Fischerei sowie des Umweltschutzes – mehr nicht.

Ähnliches gilt für eine Reihe territorial-regionaler, kontinentaler (nicht ozeanischer) internationaler Organisationen, z.B. der Organisation afrikanischer Staaten. Deren Scheitern – auch in der neuen Form – ist auf die Instabilität der afrikanischen Mitgliedstaaten zurückzuführen, die oft nur lockere Zusammenfassungen aus ethnischen Gruppierungen oder Groß-Clans sind und daher zu ständigen inneren Konflikten neigen, die konzise außenpolitische Aktionen von einiger Dauer erschweren oder gar verunmöglichen. Auch sind in ihr arabische

Wüstenstaaten, afrikanische Tropenländer und der burisch-südafrikanische Sonderfall zusammengewürfelt, mit je unterschiedlichen Interessen.

Die Vereinten Nationen sind natürlich die anti-örtliche (= utopische) Organisation par excellence. Und sie scheint damit unserer These zu widersprechen. Aber hier muß man genauer hinschauen. Die UN war und ist in zentralen Aktionen nur dann erfolgreich, wenn eine Supermacht dahinter steht: Korea-Krieg 1951 – USA; Kongo-Intervention 1960 – USA und UdSSR; Zweiter Golfkrieg 1991 gegen den Irak – USA; usw. Auf die Dominanz der Supermächte weist bereits der organisatorische Aufbau hin. Der Sicherheitsrat mit seinem Vetorecht der USA, Rußlands, der Volksrepublik China, Frankreichs und Großbritanniens ist in sich schon Ausdruck dafür, daß die Gründungsväter der UN realistischerweise die Großmächte privilegierten. Die politisch und militärisch wirksamen Aktionen der UN (Embargos, militärische Interventionen) kommen nur dann zustande, wenn diese fünf Großmächte zustimmen.

Natürlich, die UN ist auch in vielen, anderen Fragen segensreich tätig: Kinderhilfe, Flüchtlingswerk, Welternährungsprogramm, aber hier kann sie nur beraten; Geld geben; Normen setzen, wenn alle Teilnehmer oder Interessierten zustimmen. Aber man kann die USA nicht zwingen, nur am neuen Internationalen Strafgerichtshof teilzunehmen. Auch im Nah-Ost-Konflikt ist die UN unfähig, zu vermitteln. Das können nur die finanziell und militärisch übermächtigen Vereinigten Staaten.

Die einzigen, un-örtlichen internationalen Organisationen, die funktionieren, sind die Welthandelsorganisation (WTO, früher GATT), die den weltweiten Freihandel in allen wirtschaftlichen Sektoren realisieren oder sichern will, und der Internationale Währungsfonds. Aber auch hier sind die USA als Geldgeber im IWF (und auch der Weltbank) und auch in der WTO maßgebend.

Natur und Kultur

Saudi-Arabien und das Wüstenmeer

Die Wüste ist meist anders, als man sie sich vorgestellt hat: oft grauer Schotter aus vielen spitzen Steinen statt des oft im Fernsehen zu sehenden, dahin gestreuten, flach und endlos sich ausbreitenden Sandes; eher sandig-steinige Hügel – zuweilen mit wenig dürrem und niedrigem Bewuchs -, besser: Dünen, ständig sich bewegend; ganz selten – wenn es kurz regnete – auch mehr Grün, das aber schnell von Ziegen, Schafen oder Kamelen weggefressen wird. Die Wüste ist auf den ersten Blick nicht unendlich, es geht von Hügel zu Hügel, aber nach jedem Hügel, nach jeder Düne kommt eine weitere – ad infinitum. Wie im Meer wogt die Wüste stets ein wenig, der Sand wirbelt und wandert, von Autos gezogene und von Tieren gestampfte Spuren verschwinden schnell. In der Großen Nafud leuchtet der Sand rot. Manchmal in der Ferne felsige Berge

und Gebirgszüge - oder eine Pipeline mit seltenen Pump- und Reparaturstationen- leise summend. Ein kleineres Flugzeug fliegt täglich der Pipeline entlang und sucht nach Schäden. - Dann wieder eine alte Ruinensiedlung aus Steinresten. Der Brunnen ist

zerfallen. Vielleicht erste Anzeichen einer Oase, die dann auch wirklich erscheint – fast schon ein wenig kitschig in ihrer Farbigkeit, zumindest pittoresk. Palmen, Gemüsegärten, Wasserbecken und –läufe, zentraler Platz und Moschee. Bis zu drei Stöcken hohe Lehmhäuser, mit wenigen Fenstern, eher Schießscharten-ähnlichen Öffnungen, um die Hitze abzuwehren, nicht selten 50 Grad im Schatten.

Als ausländischer Wissenschaftler wird man – nachdem man es vorsichtig

und über sieben persönlichen Beziehungen nicht ohne Mühen eingefädelt hat - vom Emir vor Ort empfangen, der in einer Art von etwas kleinerem Palast residiert. Der Empfang ist herzlich, aber förmlich. Man fühlt sich ein wenig ausgefragt, fast schon geheimdienstlich, Saudi-Arabien ist immer noch ein Land, das sich gerne gegen Fremde abschließt, zumindest ihnen gegenüber skeptisch ist. Es sind Fremdgläubige, aber vor allem Gäste. Aber schließlich erhält man doch das Empfehlungsschreiben, das einem die Tür zu den Stellen (auch privaten) öffnet, die man aufsuchen will.

Der Lebensraum der Saudi ist von Wüste geprägt, 99% ist Wüste oder Wüstensteppe. Nomaden oder Halbnomaden, Beduinen

genannt, leben in ihr, sogar von ihr; in den 50er Jahren noch 2/3 der Bevölkerung, die beduinisch war, heute rd. 10%. Auch wenn das Leben heute dörflich oder städtisch ist – die nahe Wüste bleibt. Insbesondere in den Halbwüsten mit stärkerem Bewuchs ist ein Wanderleben möglich, vorrangig Viehzucht von Schafen, Ziegen und Kamelen, deren Produkte man verzehrt oder u.a. in den Oasen verkauft. Die Oasen bieten einen Ruhepunkt – und die Oasen wachsen im modernen Saudi-Arabien zunehmend: Städte mit Autobahnen und Hochhäusern entstehen, Industriegebiete werden aus dem Boden gestampft. Aber jeder ahnt und fühlt: Die Wüste kann wieder kommen, und sie wird wieder wachsen, wenn das Öl ausgehen wird. Denn Industrie wird sich hier kaum ansiedeln, bzw. bei Wegfall der heutigen Subventionen wieder abziehen (vielleicht bis auf die für den einheimischen Markt), Industrie sucht die besten Bedingungen weltweit, und zumindest die Unannehmlichkeiten der Natur sind auch durch Klimaanlage nicht gänzlich auszugleichen. Auf Dauer wird es bei Wegfall der Öl-Subventionen nicht mehr möglich sein, z.B. Kühe mitten in der Wüste aufzuziehen und die Hitze dadurch erträglich machen, daß die Tier den ganzen Tag mit Wasser besprüht werden.

Allerdings soll man sich das (verbleibende) Nomadentum nicht mehr allzu entbehrensreich vorstellen. Vor vielen Zelten stehen

durchaus die wüstenfähigen Rangerovers – mit ihren besonders breiten Reifen und Allradantrieb, so daß man aus fast jedem Sandloch auch wieder herausfindet. Das Kamel dient meist nur noch als Weidetier, nicht mehr zum Transport. Fernseher und Funkverkehr und andere Annehmlichkeiten heutiger mechanisierter Haushalte sind selbstverständlich. Die Zelte werden nicht mehr selbst gemacht, sondern gekauft. Für manchen Großstädter gehört es sogar zum „Hobby“, wochenends oder abends für einige Stunden in sein nahes Wüsten-Zelt zu fahren – quasi in die Vergangenheit, der man sich verbunden fühlt. Disco und Zelt gehen hier ineinander über, wie das auch bei „Teilzeit“-Nomaden der Fall ist, die bestimmte Wochen oder Tage in der Stadt oder im Dorf verbringen – als Händler oder auch in einer Fabrik oder im Büro oder als Kaufmann -, die andere Zeit, wenn das Wetter es erlaubt, aber in ihr Zelt zurückkehren und dort das Vieh betreuen. Z.T. bleibt die Familie ohnehin ganzjährig im Zeltlager (das – nebenbei gesagt – durch eine Vielzahl von Teppichen durchaus schön ausgestaltet sein kann.)

Die Königliche Nationalgarde Saudi-Arabiens rekrutiert sich im wesentlichen aus Beduinen in ihrer weißen Ghuttera und den rot-weiß karierten Shemagh. Jeder Saudi ist stolz auf die beduinische Vergangenheit und entleiht ihr den Stolz, auch in widrigsten

Umständen sich frei behaupten zu können. Die hierarchische Struktur der Gesellschaft wird auch bis heute über Stammeszugehörigkeit bestimmt. Aufgabe des Königs ist es auch, die Stämme des Staates an seinem Hof zusammenzuführen und zu einheitlichem Handeln zu motivieren.

Schon im 14. Jahrhundert zeigte der große arabische Geschichtsphilosoph Ibn Chald'un eine Gesetzmäßigkeit der sozialen und geschichtlichen Entwicklung im nahöstlichen und nordafrikanischen Bereich auf, also in den großen Gebieten, die durch Wüsten, Steppen und Oasen mit reichen Städten gekennzeichnet sind. Zwischen Städten und Wüsten herrsche demnach ein kompliziertes Wechselverhältnis. Die (potentiell stets dekadenten, kampfeschwachen und luxurierenden) Städte können immer Opfer der kämpferischen Beduinen des Hinterlandes werden – und wurden es auch. In den Städten dominierten Kaufleute, die sich dem ertragsreichen Handel und kaum dem militärischen „Gewerbe“ widmeten. Das brachte aber die erwähnte Schwäche gegenüber den Beduinen mit sich. Die Wüste ist das Menetekel.

In der wirtschaftsgeographischen Forschung wird darauf hingewiesen, daß das zwei Konsequenzen hatte und hat: 1.

Investitionen wurden und werden wenig getätigt, da immer die Gefahr von Überfällen und Zerstörung bestand. Im gesamten Nahen Osten ist nur der Staat bis heute der größte Investor – nicht der private Unternehmer. Mit all den negativen Konsequenzen, die mit einem solchen bürokratischen und klientelistisch-korrupten Staatskapitalismus verbunden sind. 2. Das Herrschaftsgefüge der Stadt mußte militärisch und zentralisiert sein, um gegen die Gefahr bestehen zu können. Demokratie kann man sich unter solchen Umständen nicht „leisten“.

Wenn man Politik in Saudi-Arabien verstehen will, darf man nicht vergessen, daß der Gründer des Staates, König Ibn Saud, der 1953 starb, noch selbst im Jahre 1902 Riad mit einer Hand von Leuten eroberte und den dortigen Emir eigenhändig tötete, den er als unrechtmäßigen Herrscher betrachtete. In den folgenden Jahren kämpfte er systematisch mit seinem Nomaden- und Kamelheer gegen andere Emirate und Stämme der arabischen Halbinsel, wie es den traditionellen Raub- und Grenzkriegen zwischen den Stämmen entsprach. Nur daß Ibn Saud danach strebte, das Land gemäß dem wahabitisch-islamischen Glauben zu einigen (Deshalb zielte er auch erfolgreich darauf, die rebellischen Nomaden langfristig sesshaft zu machen,

durch Heiraten sowie Subventionen auch zu binden; sowie kooperativ mit ihnen zusammen herrschen). Der erste König Saudi-Arabiens, einer dessen Söhne auch heute noch die Krone trägt, war ein Haudegen, der der Kriegertradition der Nomaden verbunden war. Er lebte in Riad in einem aus Lehm gebauten Palast, mehrstöckig und oben mit hohen Zinnen versehen.

Auch der gegenwärtige König stimmt sich bei seinen Entscheidungen mit den Stammesführern an, mit denen er durch zahlreiche Kinder verbunden ist; mit der Ulama, dem Kreis der islamischen (Rechts-)Gelehrten, die sehr einflußreich sind; mit dem Ältestenrat und einflußreichen Prinzen, mit Experten der Ministerien und einem institutionalisierten Beratungsgremium. Formell entscheidet er alleine und übernimmt die Verantwortung. Auch die Nachfolge wird von Ulama und Ältestenrat bestimmt, es gibt also keine automatische Erbfolge z.B. für den ältesten Sohn. Das Königshaus steuert einen vorsichtigen Kurs zwischen nicht zu schneller Industrialisierung einerseits und Erhaltung traditioneller Werte andererseits. Damit scheint den meisten Ansprüchen Genüge getan zu werden – sowohl denen der Modernisten als auch denen der Traditionalisten. Zumal die umfangreichen Finanzmassen aus den Ölförderungen nicht nur, bzw. in geringem

Maße dem Königshaus zufließen, sondern breit verteilt und zur Entwicklung des Landes verwendet werden.

Letztlich wird das Königreich wie ein traditioneller Stamm regiert – gegenseitige Rücksichtnahme und Abstimmung sind das Prinzip. Denn die Wüste ist nahe – und kann immer wieder kommen. Das wissen alle Saudis, und unterstützen daher mehrheitlich die politische Verfassung ihres Landes. Es ist ja auch nicht durchweg brutal wie das politische System des Schahs von Iran, mit seinen Folterungen und seiner krassen ökonomischen Ungerechtigkeit. Der Schah regierte gewaltsam gegen sein Land, das seinen kapitalistischen Modernisierungskurs in weiten Massen nicht akzeptierte. Daher kam es 1979 zur Revolution des Islamismus und zu einer totalitären Diktatur der Ayatollahs. Im Gegensatz dazu ist das saudiarabische Königshaus tief in der Tradition der Bevölkerung verankert, was angesichts der westlichen Kulisse der Großstädte des Landes nicht übersehen werden sollte.

Das Königshaus achtet daher auch auf eine gewisse Sittenstrenge – zumindest nach außen hin: Die rd. 3000 Prinzen müssen sich an die strengen Sitten des Landes halten; sie sind nicht durchweg superreich, sie erhalten zwar eine Apanage von 80.000 \$ im Jahr, viele sind aber auch berufstätig, als Piloten, als Ministerialbeamte oder Hochschullehrer, meist haben sie im Ausland studiert. Diese

Vielzahl von Prinzen, mit der der Gründungskönig seinen Stamm mit zahlreichen anderen Familien und Stämmen verbündelte, sind natürlich ein stabiles Korsett in der Herrschaft, ohne daß diese totalitär würde. Der Islam und dessen Sitten sind eben selbstverständlich.

Das zweite zentrale Element der Herrschaft ist der wahabitische Islam, der durch die Ulama und die Rechtsgelehrten institutionell im Lande einflußreich vertreten ist. Der Wahabismus ist eine besonders strenge Ausprägung des Islam, sehr asketisch, stark antimodernistisch. Denn in der Wüste gibt es keinen Luxus. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts sind der Stamm der Saudi aus der Gegend von Riad und der Religionsführer Wahab ein Bündnis eingegangen, das die Saudi auf die Unterstützung und Verbreitung des Wahabismus verpflichtete und das im Gegenzug die wechselhaften Eroberungen des Saudi-Stammes „religiös legitimierte“. Letztlich wurde der Staat Arabien dadurch geschaffen, daß die meisten Beduinen wahabitisch wurden und König Ibn Saud das Land militärisch einte. Bis heute gilt in dem Land nur das Recht, das auch mit Koran und Scharia übereinstimmt – den Grundformen islamischen Rechts. Es gibt keine Verfassung, der Iran ist die Verfassung, der sich der König unterwirft. Es herrscht durch den König das Wort Gottes, nicht das

irrtumsanfällige Gerede der Menschen - so die Ideologie dieses monarchistisch-ständischen Absolutismus..

Beide Elemente vereinen sich in der Politik Saudi-Arabiens. Wie stark der Wahabismus wirkt, zeigt die Absetzung des verschwenderischen Königs Saud 1965 durch den Ältestenrat und die Ulama. Denn der König (und sein Hofstaat) sind auch den Gesetzen des Islam unterworfen. Dieser Glaube und das glaubensgemäße Leben der Elite werden nicht nur zum Schein praktiziert, sondern sehr ernst genommen. Eine Prinzessin z.B., die vorehelich mehrmals mit einem Mann sexuell agierend am Strand gesehen wurde, wurde bestraft und zur Strafe erschossen (das war schon milde geurteilt, denn die übliche Strafe war die Steinigung der Frau). Der Mann wurde enthauptet. Diese Strafarten sind im Lande weitgehend akzeptiert, nur im Ausland und bei westlich orientierten Intellektuellen stoßen sie auf Ablehnung (obwohl auch bei uns bis in die 70er Jahre hinein sexuelle Verfehlungen eine Straftat waren: Fremdgehen, Homosexualität usw. – allerdings nicht mit der Folge der Todesstrafe; womit natürlich das nicht gerechtfertigt werden soll). Warum soll es auch schlechter sein, wenn Frauen sich verhüllen, als wenn sie wie im Westen halb nackt herumlaufen? Die Bevölkerung ist mehrheitlich tief religiös und die Herrscher könnten sich gar nicht längerfristig an der

Macht halten, wenn sie nicht ebenfalls religiös wären. Das zeigt der Überfall auf die zentrale Moschee in Mekka 1979 seitens fundamentalistischer Fanatiker, die sie 6 Wochen lang gewaltsam besetzt hielten. Nicht zufällig kommt Bin Laden aus Saudi-Arabien. Zeitweise hat das Königshaus auch solche konservativen Fundamentalisten weltweit gefördert. Der kapitalistische Westen mit seinen Exzessen wird im gesamten Nahen Osten auch von westlich orientierten Eliten zutiefst abgelehnt.

Wüste ist Einsamkeit und Freiheit zugleich – trotz der großen Abhängigkeit von den Unbilden der Natur, die allgegenwärtig sind; Freiheit nicht im Sinne von liberaler Beliebigkeit, sondern durchaus im Sinne strenggläubiger, zuweilen asketischer Bindung an Gott. Wer einen dieser stolzen Beduinenreiter in ihren weißen Gewändern durch die Weiten der Wüsten reiten sieht – zu Pferde oder auf dem Kamel -, der spürt, daß dieser sich als Herr fühlt (Frauen sind ja kaum von Bedeutung in diesen Landstrichen), ein Herr, der die Gefahren zu meistern versteht und sich darin bewährt. Hier herrscht ein ganz anderer Freiheitsbegriff: Die westlich-liberalistische Freiheit besteht vor allem darin, frei von Zwängen aller Art (auch von Pflichten) zu sein, um sich individualistisch möglichst viel Konsum hingeben zu können. Die Freiheit des Beduinen und seiner städtischen Nachfolger bewährt

sich in der Bewältigung der Gefahr und darin in der Ehrfurcht vor Gott. Wer will hier richten?

Der wahabitische Fundamentalismus hat wie jeder Fundamentalismus einen doppelten Aspekt: einerseits die Offensive, seinen Glauben weltweit zu betreiben; und andererseits, wenn dies nicht möglich ist, sich

von der bösen Welt abzugrenzen und auf das eigene Territorium zurückziehen, um dort den Glauben bewahren zu können – ohne Einfluß widerstrebender ausländischer Einflüsse und Interventionen.

Saudi-Arabien ist in der Zeit nach 1945 weitgehend dem zweiten Weg gefolgt. Es dominierte die außenpolitische Zurückhaltung und die Abwehr westlicher Einflüsse durch eine konservative innere Gesellschaftspolitik. Nur dort, wo man sich bedroht fühlte, griff man ein: 1962 unterstützten die Saudis die konservativ-royalistischen Kräften im Verlaufe des Bürgerkrieges im (Nord-)Yemen, wo kommunistische Kräfte mit der Unterstützung Nassers und der Sowjetunion an die Macht zu kommen versuchten – vergeblich. Im Süd-Yemen allerdings 1968 mit Erfolg.

Während des ägyptisch-israelischen Krieges von 1973 unterstützte auch Saudi-Arabien den Erdölboykott und die Erdölpreiserhöhungen gegen die westliche Welt, insbesondere gegen die USA und die Niederlande. Denn in diesem Konflikt geht es um eine wichtige heilige Stätte des Islams, nämlich Jerusalems, das von den Israelis besetzt gehalten wird. Hier sind die Saudis außenpolitisch in ihrer Forderung nach einem islamischen Jerusalem fast bewegungslos. Die Ulama macht Druck.

Um den Krieg zwischen dem Irak und dem Iran zu beenden, vermittelte auch Saudi-Arabien 1988. Die Saudis hatten zuvor die Irakis unterstützt, da sie vom Iran des Ayatollah Khomeini einen Export der schiitischen Revolution befürchteten. Aus einem ähnlichen, außen- und sicherheitspolitischen Grund kämpften die Saudis zusammen mit den USA und der UN gegen den Irak, der 1990 Kuwait erobert hatte, da das Land befürchten mußte, daß der Irak auch eine Gefahr für die arabische Halbinsel insgesamt werden könnte.

Saudi-Arabien fühlt sich - als Wale über die Heiligen Stätten - dem Islam auch in der Außenpolitik verpflichtet. So sind die Stellungnahmen im Jugoslawien-Konflikt zugunsten der Muslims eindeutig, auch mit Bezug auf das muslimische Tschetschenien im

Süden Rußlands. Hierin fließen auch finanzielle Hilfen (wie die saudische Entwicklungshilfe ohnehin nur an islamische Staaten fließt.). Auch dem Camp David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten von 1979 widersprach es, da zwar Ägypten den Sinai von Israel zurückerhielt, aber der arabische Anspruch auf einen palästinensischen Staat und auf die Befreiung der Westbanks von israelischer Besatzung faktisch nicht berücksichtigt wurde. In der Folge wurde Ägypten aus der Arabischen Liga ausgeschlossen. Die ansonsten enge Achse Saudi-Arabien – Ägypten zerbrach. Erst 1987 kam es zu einer Annäherung dieser beiden islamischen Führungsmächte.

In Riad weiß man, daß man auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen ist; aber der american way of life wird doch zutiefst im Innersten abgelehnt, so wie z.B. auch die westlich orientierte Elite Ägyptens das westlich-liberalistische und säkulare Lebensmodell verachtet. Als spiritueller Führer der islamischen Welt (Umma) – wie sich die Saudis betrachten - ist es auch unmöglich, der israelischen Herrschaft über Jerusalem – eine auch für den Islam heilige Stadt – je zuzustimmen. Islamische und arabische internationale Organisationen werden besonders gefördert, die saudiarabische Entwicklungshilfe geht vor allem in die islamische Welt.

China und der geschichtete Raum

In China ist alles irgendwie intensiver:

- Geht man abends durch Shanghai, so fühlt man sich fast erdrückt von der Masse von Menschen, die sich über die breiten Straßen drängen. Besucht man ein McDonald-Restaurant dort, so springt die Bedienung in einem rasanten Tempo vor einem hin und her, flink und hoch und schnell und zielgenau wie Katzen. Noch schneller als in den rationalisierten USA. Die sehnigen, kleinen und schlangen-schmalen Körper, nicht athletisch schwer, sondern eher wie ein Balletttänzer, schnellen wie Bögen zur Essensausgabe und zurück, in einem scheinbaren Durcheinander, ohne daß es zu Rempelen in diesem engsten Raum kommt – als würden sie übereinander springen. Nichts von Gemächlichkeit, aber alles auch nicht ohne Eleganz und Grazie.

- Das Tal 500 km weiter erscheint wie ein großer Garten, fast wie die hängenden Gärten oder fast ein Paradies. Es wird angebaut auf mehreren Ebenen, die sich den Berg hochziehen - dicht an dicht, übereinander. Die Wege sind so eng, daß Maschinen nicht passieren können. Geduldige Handarbeit ist nicht nur deshalb vonnöten (auch wenn seit den Liberalisierungen Ende der 70er Jahre die Mechanisierung rasant voranschreitet). (Natürliche und chemische) Düngung ermöglicht trotz klimatischer Nachteile sowie

räumlicher Enge eine üppige Ernte. Fliegt man über die endlosen Reisfelder, in denen sich die Sonne spiegelt, sieht man die Vielzahl an Dörfern in langer Reihe neben- und hintereinander, die nicht weit von einander entfernt wie Inseln in einem ruhigen See liegen. Alles ist gedrängt, aber in sich ruhend.

- Die ganze Strecke nach Hongkong ist eine Fahrt durch einen Wald von Kränen, von entstehenden Hochhäusern, von in den Himmel ragendem Beton und Stahlgerüst: Tausende von Arbeitern klettern und hängen wie Vögel in einem Netz. Und erst recht Hongkong selbst: nur noch Hochhäuser, Querbrücken, Fabriken, die in den Himmel gebaut wurden, indem die Fabrikanlagen in 30 Stockwerken übereinander gestapelt werden. Der Verkehr = 3 x Rom und 4 x Paris – alles durcheinander: rote Straßenbahnen, Fahrräderschwärme, Rikschas, Karren, Autos, LKWs, Busse, Trolleybusse, Fußgänger, die durch die dunklen Straßentäler zwischen den Hochhausbergen hetzen – fast wie in einem frühexpressionistischen Gedicht von Georg Heym.

22% der Menschheit – eben die Chinesen, meist die Han-Chinesen – leben auf 7% der weltweit agrarisch nutzbaren Erdfläche. Der in China immer noch dominante Ackerbau (rd. 65% Anteil am Brutto sozialprodukt) kann die Menschen dennoch ernähren (sieht man

von den oft politisch oder durch Katastrophen bedingten Hungersnöten ab, so die von 1960), weil der Ackerbau sowie die ländliche Besiedlung hoch konzentriert, durchorganisiert und arbeitsteilig erfolgt.

Die Chinesen gehen seit alters her intensiv mit Natur und Umwelt um: Die Täler und Hügellandschaften in der Mitte und im Süden des Riesenreiches sind bis in jede Einzelheit geplant, jede Fläche wird ausgenutzt, alles ist wichtig, da fruchtbarer Boden knapp ist; Terrassen werden in die steilen Hänge hochgebaut, bis zu den felsigen Steilhängen, von denen ab eine Nutzung nicht mehr möglich ist. Die Felder sind durch kleine Kanäle oder Wege in kleine Rechtecke aufgeteilt, das Flussbett ist ebenfalls kanalisiert. An diesen Hügeln und in diesen Mittelgebirgen vor allem des tropischen Südens Chinas wird Reis gepflanzt, während im Nordosten und im Zentrum Getreide dominiert. An den Rändern, in den Steppen und Halbwüsten ganz im Norden und im Westen ist nur Viehhaltung auf weiten Flächen möglich.

So wie sich der chinesische Mensch bereits vor der Zeitenwende, als das erste großchinesische Reich entstand, zu zivilisieren begann – durch eine Vielzahl von Regeln und Sitten –, so ist auch die Natur gebändigt, wenn man so will, zivilisiert worden: alles Stil, alles Klassik, alles Form und Reim – kurz: im ästhetischen Sinne schön.

Handwerk ist hier nicht Warenherstellung, sondern Kunst und Gestalt. Der allgegenwärtige Eindruck der Beherrschtheit und Formung von Landschaft entsteht auch dadurch, daß es fast nur bebaute Ackerflächen gibt, kaum oder gar nicht Weiden, die zur Nutzung durch das Vieh unbearbeitet bleiben. Das schlägt sich geistesgeschichtlich in der Sozialphilosophie des Konfuzius nieder: Gesittung ist alles.

Die Dörfer geben ein Bild von Uniformität: Niedrige, meist einstöckige Steinhäuser, meist nach Süden angelegt – aus religiösen Gründen - ;grau verputzt, ordentlich und sauber, aber nicht schön: alles klein, aber genügend für einfache Ansprüche. Ein ummauerter Vorhof mit Hühnern und Kindern sowie sie betreuenden Alten. Hunde schlafen in Ecken. Im Hintergrund hört man Schweine. Alles ist leer, die Bewohner sind zur Arbeit auf den Feldern, in der Kinderbetreuung oder in der Schule am nächsten zentraleren Ort. Es ist ruhig, fast geräuschlos – ein wenig unheimlich angesichts der Leere, es wirkt wie evakuiert. Zuweilen knattert ein Traktor vorbei. Vor den Häusern – keine Gärten, sondern Misthaufen und aufgewühlte Erde, die irgendwie auch noch genutzt wird. Im Dorf – kein zentraler Platz, keine Kirche, kein Tempel zum Versammeln. Alles scheint nur auf Arbeit ausgerichtet.

Das Innere der Gebäude ist karg: kaum Möbel, Matten, nicht tapezierte Wände, kaltes Wasser. In der Ecke steht ein ständig laufender Fernsehapparat in der Art der 70er Jahre.

Voraussetzung der in China allgegenwärtigen Natur- und Selbstbeherrschung ist, daß – so die chinesische Philosophie - man zunächst die Natur in ihrem Wesen erkennt, um sie dann formen zu können, ohne sie im Wesen zu ändern. Für Änderungen ist man in China zu naturgläubig: Natur und Mensch werden als metaphysische Einheit begriffen. Ein tief verwurzelter animistischer Glaube ist oft zu spüren, die Furcht vor Geistern und die Anrufung von Ahnen.

Konfuzius ging in seiner Ethik von einer Anthropologie aus: Nur wenn man weiß, was den Menschen ausmacht, kann man realistische Regeln für sein Verhalten aufstellen, an die er sich auch zu halten vermag. Er ging von der Erziehbarkeit des Menschen aus (nicht von dessen prinzipieller Boshaftigkeit) und begnügt sich von daher mit sanften Verhaltensregeln. Gewalt ist nur in äußersten Fällen notwendig und erlaubt, zumal es einen Individualismus im westlichen Sinne nicht gibt. Die Einbindung in die Gemeinschaft ist sehr stark.

Wie dargelegt, verlangt die Bearbeitung der Natur zur Ernährung von mehr als einer Milliarde Menschen eine derartige soziale Intensität.

Eine intensive Naturgestaltung erfordert eine Intensivierung der sozialen Beziehungen. Hocheffektive und arbeitsteilige Produktion ist nur möglich, wenn analog dazu auch die sozialen Beziehungen geregelt, funktional differenziert, arbeitsteilig, gesittet sind. Was heißt das?

Die soziale Integration erfolgt über die Großfamilie auf der einen Seite und über gesamtgesellschaftliche Organisationen auf der anderen Seite. Der Klan war und ist im gewissen Maße auch noch heute die „Grundzelle der traditionellen chinesischen Gesellschaft“, die trotz aller bürokratischen Zentralisierung in der chinesischen Gesellschaft in sich sehr autonom und autark ist. (Hanli) Der Klan nimmt die wesentlichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Funktionen vor Ort wahr. Oft bezieht er sich auf einen gemeinsamen Urahn, der im Klanterritorium lebte und von der Klangemeinschaft in einem Tempel verehrt wird. Im Klantempel werden die gemeinsamen Entscheidungen getroffen, durch dessen Beschluß werden auch ggf. Mitglieder sanktioniert. Der Klan kann sich über mehrere Dörfer erstrecken. Letzte Entscheidungsgewalt im Klan hat der Patriarch. Das war allerdings so vor der Revolution.

Heutzutage besteht der Klan in der Form der Danwei-Organisation modifiziert weiter. Sie wird auch offiziell von der Kommunistischen Partei anerkannt, da über diese Organisationsform der Mensch im kommunistischen Sinne erfaßt werden kann. Der Mensch ist nur Mensch als Teil einer Danwei, im Betrieb, in der Verwaltung oder an der Universität. „Die Danwei kommt auf für alle Gehälter und Löhne, für die Wohlfahrtseinrichtungen, den Wohnraum, die Nahrungsmittel und Alterspensionen. Angestellte können nicht entlassen werden noch ohne weiteres in andere Danweis überstellt werden. Die Einheit, zu der sie gehören, trägt Fürsorge für alle ihre Bedürfnisse. Andererseits sind ihre sozialen Aktivitäten untrennbar mit ihrer Danwei verbunden. Was immer ein Mitglied tut, sei es eine Heiratsbeurkundung, eine Hotelunterkunft, der Kauf eines Flugtickets, es hat seinen Mitgliedsausweis oder ein Empfehlungsschreiben vorzuweisen. ...“ (Lu Fung) Über die Danwei wird auch der staatliche Wille exekutiert. Ohne sie wäre der Staat nicht funktionsfähig.

Oft sind Danweis identisch mit einem Betrieb, der staatlich, genossenschaftlich oder privat sein kann. Sie sind auch Straßenkomitee oder Dorfgemeinde. Auch heute hat der Ältere

noch Vorrang. Insgesamt repräsentiert diese grundlegende Organisationsweise einen hohen Grad der Vergemeinschaftung in Form strikter sozialer und verinnerlichter Kontrolle – und zwar einer Kontrolle meist nicht in Form von Zwang, sondern in Form informeller und affektiver Beziehungsgeflechte. Auf dieser sozialen Basis beruht chinesische Politik; der chinesische Marxismus ist auch ein solcher, der diesen traditionellen Sozialisationsformen angepaßt ist. Seit Jahrhunderten drückt sich diese Form von autoritärer Politik und Gesellschaft in einer hoch entwickelten, zentralisierten Bürokratie aus, die einer „Spitze“ (Kaisertum, Kommunistischer Partei, Politbüro) zuarbeitet. Man erinnert sich an seine Vorlesung zur „Historischen Soziologie“, Wittfogel und seine These, daß Herrschaft und Staat durch die Notwendigkeit entstanden, nur zentralisierte Systeme könnten ein ausgreifendes Bewässerungssystem wie das am Gelben Fluß aufbauen und koordinieren, so wie ja auch heutzutage meist der Staat Straßen baut, da Private das selten machen, denn sie warten immer darauf, daß erst ein anderer aktiv wird ... , und da kein Privater aktiv wird, muß der Staat eingreifen.

Diese Bürokratie hat als Regelsystem alle politischen Änderungen überlebt: die diversen Eroberungswellen von Mongolen und Mandschu aus dem Norden sowie die revolutionären

Umwälzungen von 1910 und durch Mao Tse Tung. Man kann geradezu von einer Heiligkeit der Bürokratie in China sprechen, von einem charismatischen Bürokratismus, an den geglaubt wird, dem vertraut wird.

Bürokratie lebt von der Regelmäßigkeit und will daher planen, sich vor Überraschungen der Zukunft wappnen. Das hat nun erhebliche Konsequenzen für die Außenbeziehungen eines Landes wie Chinas: Das Ausland ist das Fremde, das nicht Kontrollierbare, das der eigenen Politik evt. widersprechende. Daher kann es potentiell störend wirken. Nun ist offensichtlich, daß selbst die stärkste Bürokratie dies nicht zu steuern in der Lage ist. Daher strebt man Unabhängigkeit vom Ausland an. Kein Land hat einen solchen außenpolitischen Stolz wie China – bis heute. Die chinesische KP-Elite verteidigt offensiv und laut die Vorteile ihres politischen Systems gegen alle (sicherlich berechtigten) Menschenrechts-Kritiken des westlichen Auslandes. Wenn das Land sich außenwirtschaftlich zu sehr verschuldet, werden diese Beziehungen abrupt abgebrochen, selbst Großprojekte werden mitten im Bau gestoppt (so 1986), um ja nicht Abhängigkeiten entstehen zu lassen. Ähnlich wie Japan ist China daher sehr sensibel in außenpolitischen Kontakten, stets verletzlich, was man andererseits auch gerne zu Pekings eigenen Gunsten

instrumentalisiert. Man geriert sich gerne beleidigt und erwartet
Entschuldigung.

Kambodscha und der große Fluß

Der übliche Nachmittagsmonsunregen im Oktober durchnäßt den Schwarm von Fahrradfahrern, die schwer durch die überflutete Straße stampfen. Das ganze Land erscheint ohnehin wie ein Kanalsystem, das sich in alle Himmelsrichtungen vom Großen Mekong abzweigt. Das riesige Mekong-Delta und Mekong-Becken

ist sehr fruchtbar. Mangrovenwälder mit ihren langen überirdischen Wurzelstelzen säumen die sumpfige Küste am Meer. Auf diesen wasserreichen Flächen gedeiht Reis in großen Mengen. Im tropischen Klima wird es nie kälter als 20 Grad – die durchschnittliche Temperatur, die der Reis zum Gedeihen benötigt. Mehr als die Hälfte des Landes ist mit unberührtem Urwald bedeckt. Die Lotusblume wächst auf Teichen. Elefanten habe ich aber nicht gesehen, auch keine weißen. Jedoch lachen die feingliedrigen Leute meist, wie man es im Klischee sagt.

In den Flüssen schwimmen Dörfer wie sozial isolierte Inseln, die auf Stelzen und Pfählen stehen. Von hier aus wird gefischt. Der Fischfang ist die Haupteinkunftsquelle und auch sozial sowie psychologisch prägend für das Land, wie überhaupt diese isolierten Dorf-Inseln typisch und symbolisch sind.

Die buddhistischen Mönche in ihrer safrangelben Umhängen weisen auf Tradition und die hohe Bildung im Lande hin. Der Alphabetisierungsgrad ist für ein Entwicklungsland erstaunlich hoch. Oft sieht man die Mönche meditierend für sich in den Tempelgängen. Individualisierung, wenn nicht gar sozialer Rückzug ist ein Merkmal dieser Gesellschaft, wie man sich auch in die Klöster (zeitweise) zurückzieht. Mönche sind in Kambodscha

ein allgegenwärtiges Alltagsphänomen, da sie ihren Unterhalt durch Sammeln erwerben müssen.

In seiner Geschichte befand sich das Land unter dem Gott-König meist im Überlebenskampf gegen die Nachbarn, die Thais, die Vietnamesen insbesondere, die bis heute von den Kambodschanern geradezu gehaßt werden. 1863 kamen die Franzosen als Kolonialmacht und behielten die Herrschaft bis 1953 inne. Dann konnte sich das Land unter König Sihanouks gewagtem Neutralitätskurs zwischen Ost und West behaupten, bis 1970 erst die USA indirekt und dann 1979 die Vietnamesen direkt das Land eroberten – beides Folge des Vietnamkrieges, der auch Kambodscha tangierte, da die kommunistischen nordvietnamesischen Guerillas z.T. durch Kambodscha nach Südvietnam infiltrierten, über den berühmten „Ho Chi Min“-Pfad mitten durch den Urwald, der für amerikanische Bomben kaum zu durchdringen war. Von 1975 bis 1979 wütete das maoistisch-kommunistische Khmer-Rouge-Regime unter dem Massenmörder Pol Pot (einem Kambodschaner), der 1/3 der Bevölkerung ermorden ließ, um das Ziel einer „reinen“ kommunistischen Gesellschaft zu realisieren. Pol Pot wurde 1979 vom Nachbarn, den Vietnamesen, gestürzt, die bis 1990 in Kambodscha als Okkupationsmacht herrschten. 1993 wurden von der UN freie

Wahlen organisiert, aus der eine Koalitionsregierung hervorging. Diese wurde 1997 von dem Vietnam-nahen Ministerpräsidenten Sun Hen beseitigt, der seitdem mit Unterstützung Vietnams regiert. König ist wieder der genannte Sihanouk, der aber nun machtlos ist. (Die verbleibenden Reste der Khmer Rouge im Nordwesten des Landes werden übrigens vom westlich orientierten Thailand unterstützt, das sie auch früher gefördert hatte.)

Dem Land sind noch mehr Katastrophen erspart geblieben, da sich dieser König in seiner langen politischen Laufbahn seit 1945 als sehr wandlungsfähig erwiesen hat. Er hat mit allen – nach einander – kooperiert, von links bis rechts, von Nord bis West – bis zur ideellen Selbstaufgabe. Nur so war die neutrale Haltung, dieses Alleine-Stehen bis zur Isolation durchzustehen. Ansonsten wäre man zwischen den großen Nachbarn zerrieben worden. Das Individuelle ist die soziale, politische und außenpolitische Norm des Landes. Die außenpolitische Wandlungsfähigkeit war und ist auch nur deshalb möglich, weil der König (der zeitweilig nur als Ministerpräsident auftrat) nach südostasiatischer Tradition eine von diesen Rollen unabhängige, eigenständige Aura besitzt, die aus seinem Gottesgnadentum erwächst. Er herrscht auch eher über diese Aura als über direkte oder indirekte Gewalt. Er wird vom Großteil der buddhistischen Bevölkerung verehrt.

Wie bereits erwähnt, ist dieser Individualismus prägend. Oskar Weggel führt ihn auf die Produktionsweise von Fischern in diesem Lande zurück: Im Gegensatz zu Ackerbau und Krieg kann Fischfang nur von wenigen auf ihren Booten betrieben werden. Daher ist die Kernfamilie hier bedeutsamer als die Großfamilie – anders als in anderen asiatischen Ländern mit ihrer Dominanz der Großfamilie. Es dominiert der demokratischere Theravada-Buddhismus, insgesamt herrscht eine individualistischere Sozialstruktur vor. Das führt aber auch dazu, daß der Staat viel stärker auf das Individuum zugreifen kann, das nicht durch eine größere Gemeinschaft geschützt ist. (O. Weggel, Indochina, München 1987, S. 13 ff.) – bis zu den grausamen Massenmorden in der Pol-Pot-Zeit.

Venezuela und die Berge Spaniens

Morgens geht der Städter in Caracas zur Bäckerei. Als mein 18-jähriger Sohn – ein blonder Hüne - dort eintritt, fangen die ebenfalls jungen Verkäuferrinnen zu tänzeln an. Blicke wechseln, nebenbei auch Brötchen und Croissants. Sorgloses Lächeln in den Tag, Sonne und Strand als abendliches Ziel.

Drei Stunden später, auf der Autobahnfahrt zum Flughafen, wird das Taxi beschossen. Der Fahrer hält abrupt an und versteckt sich unterm Steuer. Wir gehen auch auf den Boden. Gerade sehen wir

noch, wie ein Auto in ein Slum rast, dicht gefolgt von einem Polizeiwagen, aus dessen Schiebedachöffnung ein Polizist – wie auf einem Hengst sitzend - den verfolgten Wagen beschießt. Oder wird nur in die Luft geschossen? Der Taxifahrer lächelt, als er wieder auftaucht, als wolle er stolz sagen: so sind wir! Alles Helden!

Ein Professor, der uns mittags nach einigem Warten empfängt, weist ähnlich mit wilden Gestikulationen und vielen Worten auf ein Loch im Fenster hinter seinem Schreibtisch hin und bedauert fast, daß er nicht getroffen worden sei.

An einem Sonntag im August erinnert der Staatspräsident Hugo Chavez - umgeben von einer jubelnden Menge – in einem Feierakt an den venezuelanischen Staatsgründer und Befreier Lateinamerikas von den spanischen Eroberern, an Simon de Bolívar, der in der Hauptstadt Venezuelas, Caracas, geboren wurde. Heute kann man in der Nähe des Präsidentenpalastes sein Geburtshaus besichtigen. Bolivar ist allgegenwärtig, die neue Verfassung von 1999 erklärte Venezuela zur „Bolivarischen Republik“, der Staatshof betrachtet die Werke des Staatsgründers als sein Credo.

Der 1998 mit großer Mehrheit gewählte Präsident ist der populistische Typ des charismatischen Führers, wie sie zuletzt von Peron (argentinische Staatspräsident von 1945 – 1955 und 1973 – 1976)) und Castro repräsentiert wurden (und werden). Seit den 1980er Jahren und dem Abgang der lateinamerikanischen Militärdiktatoren der 60er und 70er Jahre dachte man, daß dieser Typ „ausgestorben“ sei. Nur noch Castro wurde als Relikt betrachtet. Chavez beweist das Gegenteil.

Daß diese populistische Herrschaftsform, die durch populäre Forderungen (z.B. Armutsbekämpfung) große Massen zu mobilisieren in der Lage ist (was ja per se nicht negativ ist!), so überlebensfähig ist, hängt wohl mit eben dieser Armut in allen lateinamerikanischen Gesellschaft zusammen, die immer wieder Krisen bis zum Bürgerkrieg erzeugt; vor allem hängt dieses Phänomen mit der krassen sozialen Ungerechtigkeit in diesen Gesellschaften zusammen, die schon mit bloßem Auge sichtbar ist: Parkähnliche Villenviertel und Slumgebiete sind oft in einer Stadt zwar nicht nebeneinander, aber doch in dieser Stadt gleichzeitig präsent. Dazu kommt in einigen Ländern die allgemeine Bettelei oder auch der Diebstahl, so daß selbst die Fenster mancher Slumhäuser mit Gittern versehen sind – teilweise bis in die zweite

und dritte Etage hinein. Man hat zumindest auch im Slum noch den Fernseher und den Eisschrank zu verteidigen.

Chavez ist deshalb der typische Charismatiker, der große Volksheld, weil er 1992 gegen die „bürgerliche“ Regierung des sozialdemokratischen Präsidenten C. A. Peres putschte. Tagelang kreisten die Flugzeuge der Putschisten über die Elendsviertel, die Barrios, von Caracas, um diese Unterschichten zum Aufstand zu mobilisieren. Aber sie hatten keine Waffen. So wurden die Putschisten verhaftet, Chavez gelang es jedoch noch kurz zuvor, eine flammende Ansprache vor laufenden Fernseh-Kameras zu halten, was seine Popularität begründete. Die Putschisten wurden ein Jahr später wieder aus den Gefängnissen entlassen (zumal der Verteidigungsminister von Präsident Perez, gegen den sich der Putsch wandte, hinter dem Putsch stand).

Ein solcher Haudegen ist das Ideal von Männlichkeit, dem alle Venezuelaner und Lateinamerikaner insgesamt zujubeln: gegen eine Welt von Feinden bestehen und siegen, notfalls auch untergehen, aber heldenhaft, mit Ehren, mit offenen Augen, ohne mit der Wimper zu zucken – für die Angebetete, der er sich beweisen will – nicht sexuell, sondern in der Form der Anbetung. Die Karikatur dieser Figur ist Don Quichote, der selbst noch gegen

die Flügel von Windmühlen anreitet. Damit kommt auch das tragische Lebensgefühl zum Ausdruck, das diesem Streben auch eigen ist: Der Siegeswille ist sich stets des Scheiterns bewußt, nicht nur der Möglichkeit des Scheiterns, sondern auch dessen Unabdingbarkeit, da am Ende auch des Lebens eines Siegers der Tod und das Gericht steht. In den zahlreichen, wunderschönen und herrlichen Barockkirchen Lateinamerikas mit all ihrer baulichen Pracht und Fülle ist daher auch der Tod mit in Stein gehauen. Der Katholizismus ist tief in der Mentalität verankert.

Dieses Helden-Ideal stammt aus Spanien, dessen feudale Kultur im Rahmen der Eroberung Lateinamerikas seit dem 16. Jahrhundert dorthin transplantiert wurde - allerdings modifiziert.

Diese spezifische Kultur hatte sich herausgebildet im Kampf der Spanier gegen die islamischen Mauren, die seit 711 fast die gesamte iberische Halbinsel erobert hatten und bis Ende des 15. Jahrhunderts – zum Schluß nur noch im Süden – dort herrschten. Die mittelalterliche Geschichte des christlichen Spanien war geprägt vom Kampf des Landes gegen die Besetzung, und sukzessive, in zahlreichen Schlachten obsiegte das Christentum. Es waren Kreuzzüge in einem lange sich hinziehenden Krieg, einem Guerillakrieg in den vielen Bergen und Tälern, wo man sich leicht nach kurzen Attacken wieder verbergen konnte. 1813 und in den

folgenden Jahren wurde diese Guerillataktik wiederholt im Kampf gegen die napoleonische Okkupation – mit Erfolg, der Franzos' wurde vertrieben. Der spanische Begriff „Guerilla“ (= kleiner Krieg) wurde in dieser Zeit anhand des spanischen Beispiels geläufig (auch wenn das Phänomen bereits früher auftrat als solche Kriegsform, die außerhalb der starren Formationen stand).

Die gesamte Geschichte Spaniens im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war von diesem Phänomen einer Art von (politischer) Guerilla geprägt, dem plötzlichen Auftreten und dann wieder Verschwinden. Es waren Putsche, die immer wieder Spanien – nicht erschütterten, aber doch politische Wechsel bewirken konnten – ähnlich wie in Lateinamerika des 19. und 20. Jahrhundert – zuletzt mit Chavez 1992. Man nannte es „pronunciamiento“. Immer wieder eroberten Generäle z.B. eine Kaserne und erklärten öffentlich, daß sie der Regierung (nicht unbedingt der Krone) die Gefolgschaft verweigerten. Dann warteten die Putschisten, wie Regierung und andere, bisher unbeteiligte Generäle reagieren würden: Kommt es zu Verhandlungen? Breitet sich der Putsch aus? Erfolg? Im Falle eines Mißerfolgs zog man sich – wenn möglich – wieder zurück oder ließ sich verhaften, meist nur kurzfristig, in Ehre wahrende Festungshaft.

Bedingt war diese ständige Putschieren durch das labile Gleichgewicht im sozialen und politischen System Spaniens im 19. Jahrhundert. Es gab keine dominante Klasse wie z.B. das Bürgertum in England; oder wie das Heer in der preußischen Geschichte, das Verhandlungen mit dem Bürgertum erzwingen konnte. In Spanien standen sich vier Gruppen entscheidungslos, quasi in einem Patt gegenüber:

- demokratisch orientierte Intellektuelle
- das liberale Bürgertum, das zeitweise mit der Krone zusammenarbeitete
 - die Krone im Rahmen der und gebunden an die Verfassung
(= Konstitutionalismus)
- vordemokratische Karlisten, die die konstitutionelle Monarchie ablehnten und zum Gottesgnadentum der absolutistischen Zeit zurückkehren wollten.

Diese Karlisten waren eine Besonderheit in der europäischen Geschichte, da sich die meisten Monarchien im 19. Jahrhundert (Preußen seit 1848) mit der Konstitutionalisierung abgefunden hatten. So nicht in Spanien, weil hier die vorrevolutionäre katholische Monarchie, auf die Franco noch 1975 seinen Staat

bauen wollte, durch den erfolgreichen Kampf gegen den Islam eine geradezu heiligähnliche Gloriole hatte. Das wurde von den Karlisten repräsentiert. Zudem war das Bürgertum schwach – infolge des geringen Industrialisierungsstandes. So war die Krone oft allein gelassen zwischen den Fronten, so daß hier die Putsche eindringen konnten.

Ähnlich in Lateinamerika, wo oft auch keine politisch tragfähigen Mehrheiten entstanden: das oft kaufmännische, nicht industrielle Bürgertum war und ist schwach und sitzt zudem oft im Ausland. Die Arbeiterschaft war wenig organisiert, so wie insgesamt der verbandliche Organisationsgrad dieser Gesellschaften gering ist: Man bevorzugt die Geste des einsamen Helden (der oft mehr redet als macht – ein Glück), auf allen gesellschaftlichen Ebenen, vom Familienvater bis zum Präsidenten. Organisationen werden als Einschränkungen dieses Heldentums betrachtet.

Auf dem Land herrschen Großgrundbesitzer, allerdings nicht in den Städten, wo die Kaufleute und Rechtsanwälte das Sagen haben. Daraus ergibt sich – wie z.B. in Argentinien bis heute – ein gesamtgesellschaftliches Ungleichgewicht: das Land kann sich nicht gegen die Stadt durchsetzen, und umgekehrt. Es kommt daher oft zu politischer Untätigkeit, die das Militär für sich

ausnutzt – oder charismatische Politiker, die aber meist aus der Armee kommen – wie Peron, wie Chavez.

Marx hatte bereits im vorletzten Jahrhundert die Herrschaft des Konsuls und Kaisers Napoleon I. mit diesem Ungleichgewicht und Patt zu erklären versucht („Bonapartismus-Theorem“) und hat damit ein Modell vorgelegt, das bis heute Gültigkeit beanspruchen kann (z.B. auch zur Deutung der Herrschaft de Gaulles 1958 – 1969 in Frankreich. Er kam ja auch durch einen faktischen Putsch 1958 wieder an die Macht. Auch er war ein General und der große Heroe des Widerstandes gegen Hitler.)

Dieser Geburt von Staatshelden kommt die gemeinsame Struktur lateinamerikanischer Verfassungen entgegen, die im 19. Jahrhundert – nach der Befreiung von Spanien um 1820 – den us-amerikanischen Verfassung nachgebildet wurden. Die USA waren damals (und sind immer noch?) Leitmodell moderner, freiheitlicher und republikanischer

Staatlichkeit, der die Südamerikaner nacheiferten. Und der Präsident spielt in allen amerikanischen Staaten – bis auf Kanada und einige Karibik-Staaten – eine zentrale Rolle.

Chavez – ein Chronologie

Am 3. Februar 1993 putschten Chavez und seine Companeros gegen den frei gewählten, sozialdemokratischen Präsidenten Perez, der wie alle korrupt war. Der Putsch scheiterte. Dem Präsidenten erschien nur die Veröffentlichung von Fotos des Putschistenführers Chavez so gefährlich, daß er in dem ansonsten liberalen Venezuela eine Pressezensur einführte. „Vergöttlichung“ dessen Person sollte verhindert werden. Einige Bestimmungen der Verfassung wurden mit Zustimmung des Parlaments außer Kraft gesetzt. Diese Panik wird dadurch erklärlich, daß der Putsch in den Unter- und Mittelschichten auf Sympathie gestoßen war. Denn die Lebensverhältnisse der breiten Massen hatten sich seit Beginn der 90er Jahre trotz Wirtschaftswachstums und trotz erheblicher Erdöleinnahmen drastisch verschlechtert, die Kaufkraft war um 55% gesunken – Folge der Auflagen des IWF gegenüber dem hoch verschuldeten Land und Folge der vorherigen Schuldenwirtschaft der Eliten. Das allerdings vor dem Hintergrund, daß der Ölboom der 60er und 70er Jahre ein hohes sozialstaatliches Niveau hat versprechen lassen. Es wurde auch teilweise realisiert, dann aber wieder abgebaut. Denn die Eliten hatten einen Großteil der

Öleinnahmen in das Ausland wieder zurückgeführt – zu Lasten der Bevölkerung, die in den städtischen Zentren zu 60% in Slumsiedlungen lebt (barrios oder ranchos genannt). Der Rest der Gelder ging in eine Versorgungsökonomie, z.B. in einen Mindestlohn, mit dem man die Ruhe der entmündigten Bevölkerung erkaufen wollte, aber Zukunftsinvestitionen in Fabriken und Infrastrukturen unterließ.

Mitte März 1992 war es bereits zu einer mehrere Millionen Menschen umfassenden Protestaktion gegen Perez gekommen, indem auf Kochtöpfen getrommelt wurde. Überall waren nach 1993 auf den Straßen Grafitti für den in Haft befindlichen Chavez zu sehen. Alle fragten sich: Wann kommt der nächste Putsch – von wem? Ende November 1992 kam es zu einem erneuten Militärputsch von Chavez – aus dem Gefängnis heraus - gegen Perez, der aber ebenso scheiterte. Er mußte allerdings ein Jahr später wegen Korruption zurücktreten.

Der Nachfolge-Präsident Caldera begnadigte Chavez im Jahre 1994.

Im Dezember 1998 wurde er mit 56% der Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Er ändert die Verfassung über eine verfassungsgebende Versammlung 1999/2000 zu seinen Gunsten – was natürlich

rechtlich sehr problematisch ist. Vor allem der Mittelstand leidet unter den Versuchen zu einer Vermögensumverteilung, der große Reichtum hat ohnehin seine Basis im Ausland, in den USA.

Die Angst vor revolutionären Wirren führt zu einer Abwanderung von Teilen der Elite, die Kapitalflucht verstärkt sich, das Bruttosozialprodukt sinkt, die Korruption steigt trotz aller Ehrlichkeitsbekenntnisse.

Im August 2001 besucht Chavez den Diktator des Irak, Saddam Hussein – eine Provokation der USA, die 1991 gegen Saddam Krieg geführt hatten: Chavez – der große Conquistador der bolivianischen Ehre im Kampf gegen die feindlichen USA und den Kapitalismus überhaupt – socialismo o muerte! Der Einfluß Castros ist auch groß.

Im April kommt es nach (blutigen) Anti-Chavez-Massendemonstrationen aus allen Schichten und nach der Revolte von Teilen der Armee zu einer zeitweiligen Absetzung des Präsidenten, der sich aber die Macht noch einmal zurückerobert kann. Seitdem scheint das Regime totalitärer zu werden. Der Präsident kündigte eine langjährige Herrschaftszeit an.

(Die Chronologie beruht auf einer Auswertung von taz und faz sowie auf Gesprächen Pressevertretern in Caracas.)

Venezuela ist ein fruchtbares, von Gott gesegnetes Land. Das Klima ist in den Anden gemäßigt, in dem höher gelegenen Caracas herrscht das ganze Jahr hindurch eine Temperatur von rd. 27 Grad, Abkühlung bringt im Sommer der nachmittägliche Schauer, der die Straßen zu Sturzbächen wandelt. Die Küsten entlang zieht sich ein üppiger Urwald, Riesenfarne überwölben die Straße, durch die der bunt bemalte, vollkommen überladenen Omnibus mit lautesten Karibik-Rhythmen rast. In den Höhen karstiges Gebirge mit feuchtem Wolkenbehang. Es wird zuweilen gesungen, Essen geht durch die Reihen - ein kleines Fest.

Damit kommt ein zweites Element Venezuelas in den Blick, diese Sorglosigkeit der Menschen – trotz allem Elend. Vielleicht ist es auch nur ein Elend für den europäischen Betrachter. Der Mensch wird ja nicht nur dann glücklich, wenn er eine Weltreise unternehmen kann.

Diese Sorglosigkeit ist ein Leben im Jetzt, ein zutiefst christliches Vertrauen auf das gute Weiterlaufen der Dinge, ein Genießen des Alltags – durchaus auch sexuell zu verstehen.

Diese Sorglosigkeit ist die Voraussetzung des Heldentums, denn nur ein Vertrauen auf die Zukunft erlaubt den Kampf. Ein Kampf im Großen und im Kleinen inszeniert – im Kampf gegen die USA, gegen die Reichen, gegen ... gegen gegen. Der außenpolitische Anti-Yankeeismus in vielen lateinamerikanischen Staaten (insbesondere seitens Chavez und seitens Castros) ist eine Form von (durchaus auch sexistischem) Machismo und putschistendem Heldentum, was diese Gesellschaften zentral prägt.

Westafrika und die Tropen

Ein Afrikaner sitzt in der glühenden Mittagshitze im Schatten der schwach weiß getünchten, schon etwas abgeblätternen Wand einer der typischen Bars in Westafrika, einer französischen Bar, offen zum Marktplatz, laute Musik der Karibik tönt heraus. Es ist eines jener Gebäude fast überall in der 3. Welt, die wie eine Garage aussehen: rechteckig nach hinten ragend, vorne nicht mit einer

Tür, sondern mit einer blechernen Rollwand versehen, einer großen Jalousie, die nur spät nachts herunter gelassen wird, um früh morgens wieder zu verschwinden.

Nennen wir den Afrikaner Ibrahim – wegen seines muslimischen Bekenntnisses: er wirkt geistesabwesend, Schweißperlen laufen über sein Gesicht, ohne daß er es zu merken scheint; selbst eine Unzahl von Fliegen können sich auf dem Gesicht tummeln, ohne das er sich rührt. Er sitzt so bereits seit fünf Stunden, bewegungslos, in sich ruhend, zufrieden, als würde er jenseits der Hitze leben. Zuweilen legt sich ein Hund neben ihn und schläft. Fliegen, Mann, Hund, Hitze, Platz, Sonne – eine natürliche Einheit fern jeglicher Reflexion.

Acht Stunden später: Ibrahim tanzt bis zur Erschöpfung in der Bar, in einer ewig sich bewegenden, schwingenden, in sich wimmelnden Menge, ein ständiger Rhythmus, Körper gewordene Freude, auch Lust. Ruhe und Tanz, Ruhe in der Natur, Übereinstimmung mit dem Rhythmus der Natur, Bewegung und Ruhe in einer Person.

Der langjährige Präsident des westafrikanischen Senegal, der Dichter

Leopold Senghor, machte das zum Wesen der afrikanischen Seele – wie er es in der Sprache der 1930er Jahre nannte -, das, was er “négritude“ nannte. Afrika sei Tanz, dieses emotionale Ineinssein des Menschen in Bewegung mit seiner natürlichen und menschlichen Umwelt, so wie Senghor dem Afrikaner ein spezifisches Gefühl zuschreibt, das sich von der Vernunftdominanz des europäischen und antiken Menschen unterscheidet. Das Vorherrschen der Intuition in Afrika führt er auf die intensive Naturbeziehung der Afrikaner zurück, die er sogar für vererblich hält; Natur quillt hier geradezu aus allen Poren, durch alle Mauerritzen, durch die Platten der Bürgersteige: ewige Tropen. Der Mensch erkennt, indem er sich in die Dinge versenkt, die sich ihm aufdrängen – intuitiv, emotional, im Rhythmus der Natur – sagt Senghor. Der allgegenwärtige Urwald umschließt den Menschen und macht ihn zu einem Teil seiner selbst.

Hier lebt man noch naturnäher, in der und in eins mit der Natur und den Menschen. Man erlebt es im Alltag Afrikas: Die Menschen dort sind nicht wie wir in Europa. Zeit spielt nicht die Rolle. Abstrakten Regelungen und Institutionen ist man skeptisch gegenüber eingestellt. Es gilt das Gespräch von Du zu Du und das

mündlich Vereinbarte, kleinräumige Regelungen haben daher den Vorrang vor großräumig-bürokratischen.

Das bringt das mit sich, was für afrikanische Gesellschaften als "regulierte Anarchie" bezeichnet wird: Das Nebeneinander von sozialen Einheiten, z.T. ethnisch geprägt, kaum Hierarchie zwischen den Einheiten – aber es funktioniert dennoch, wenn auch für Fremde kaum berechenbar..

Solche Gesellschaften und Staaten funktionieren nicht wie westeuropäische Nationalstaaten. Im Prinzip gilt in Westeuropa der Grundsatz "One man – one vote": Jeder einzelne Bürger entscheidet in allgemeinen Wahlen über seine Regierung. Wichtig ist hier der Begriff "einzeln": Man steht und entscheidet alleine und geheim in der Wahlkabine.

Die bürgerliche Gesellschaft geht von der Vereinzelung der Individuen aus. Das ist auch der Grundsatz des liberalen Marktprozesses. Wichtig sind diese gesellschaftlich geschaffenen, konstruierten Organisationen. Es sind Vernunft-Gebilde.

In Afrika lebt demgegenüber die gemeinschaftliche Einbindung der Menschen fort. Oder weniger euro-zentrisch formuliert: Hier lebt der Mensch wesentlich in den Gemeinschaften, wie sie natürlich gegeben sind: Familie – Sippe als Zusammenschluß von

Familien – Ethnie mit einem gemeinsamen Stammvater (auch wenn dieser oft fiktiv ist). Der Staat als bürokratisches System ist nicht verinnerlicht worden, sondern meist nur von den Kolonialmächten überstülpt worden.

Afrikaner sind in Familien, Sippen und Stämme eingebunden, und die, nicht der einzelne, bestimmen in Gesellschaft und Politik. Daher sollte man über diese soziale Basis nicht künstlich eine parlamentarische Demokratie mit allgemeinen Wahlen stülpen, angepaßter wäre eher so etwas wie ein Ständestaat, in dem jeder Stamm – gleichgültig wie groß - vertreten ist. Nicht: one man – one vote; sondern: Ein Stamm = eine Mitentscheidung in dem zentralen Gremium einer Gesellschaft oder eines Staates. („Stände“ hier gleich Stämme oder Völker). Die Stämme werden in einem gesamtstaatlichen Gremium zusammengefaßt, in dem sie einvernehmlich über alle zentralen Angelegenheiten entscheiden. Um das Ganze zusammenzuhalten, bedarf es eines starken Präsidenten (wie das auch die Präsidialverfassungen in fast allen afrikanischen Staaten vorsehen) – eines Präsidenten, der durch seine Persönlichkeit Verantwortung übernimmt, der überzeugt und mit dem man sich identifizieren kann – quasi eine Vaterfigur.

Solche Staaten werden wahrscheinlich kaum Außenpolitik betreiben, zu divers sind die Interessen der Stämme, die sich

höchstens auf eine gemeinsame Verteidigung gegen einen auswärtigen Angriff einigen können. Es gibt ja in dem Sinne keinen „nationalen Willen“ wie in den europäischen Demokratien. Diese Staaten sind eher lockere Verbände mit begrenztem Auftrag.

Frobenius unterscheidet zwischen Pflanzen- und Tier-Völkern in Afrika. Tier-Völker leben vor allem in Steppen und Wüsten, sie ernähren sich vom Tierfang, sie nutzen intensiv Tiere, zum Transport, zum Reiten usw. Pflanzen-Völker leben an den Küsten, in den tropischen Wäldern, sie ernähren sich vom Pflanzenanbau.

„Die äthiopische Kultur ist bedingt durch die Pflanze, gleichgültig, ob sie dem Sammler oder dem Bauern Nahrung zuteil werden läßt. ... Die natürliche Gesellschaftsgrundform der äthiopischen Kultur ist die Sippe ... Alle Nachkommen eines Stammesvaters leben nebst den dazugehörigen Frauen in einem Gehöft beisammen, etwa vier Generationen umfassend.“ (Leo Frobenius, Kulturgeschichte Afrikas, Zürich 1954, S. 234 ff.)

„Die hamitische Kultur ist bedingt durch das Tier, welche Stelle es auch immer einnimmt, als Objekt der Jagd sowohl wie der Viehzucht. ... Kampf ist die Parole im Lebensstil der hamitischen Kultur.“ (ebd. S. 238)

Das Fehlen von abstrakten Regelungen das mit sich, was für afrikanische Gesellschaften als "regulierte Anarchie" bezeichnet wird: Das Nebeneinander von sozialen Einheiten, z.T. ethnisch geprägt, kaum Hierarchie zwischen und in den Einheiten.

Daß man die ethnische Vielfalt in den politischen Systemen Afrikas politisch sowie entwicklungs- und außenpolitisch wenig beachtet oder sogar wissenschaftlich leugnet (!), führte nur dazu, daß in diesen „nationalstaatlichen“ Gebilden entweder eine Ethnie über die andere herrschte (mit der Folge von Konflikten und Bürgerkriegen) oder gleich starke Ethnien zusammengeführt werden, die auch oft in Bürgerkrieg geraten.

Staaten mit inneren Konflikten oder gar im Bürgerkrieg werden schnell zum Opfer internationaler Politik, da andere Staaten versuchen, Beute zu machen, und zwar im konkreten Sinne: Ausbeutung und Diebstahl von Rohstoffen, gegenwärtig insbesondere von Diamanten.

In Westafrika hat sich an der traditionellen ethnischen Grundstruktur nicht viel geändert – auch nicht in den Städten, in denen die Ethnien als soziale Auffangstrukturen für die entwurzelten Zuwanderer dienen. Denn die ethnischen Strukturen sind Selbst-Hilfe-Ökonomien mit geringem Grad der

Arbeitsteilung. Je stärker die Gefahr wird, um so mehr sind die Mitglieder auf einander angewiesen, auf die Unterstützung der anderen. Diese „Ökonomien der Zuneigung“ (Goran Hyden) sind nur im geringen Umfang Markt-Wirtschaften, wie sie sich in Westeuropa als Kapitalismus herausgebildet haben. Der kapitalistische Geist, der im England des 17. Jahrhunderts historisch einmalig und vor dem Hintergrund spezifischer religiöser und sozialer Bedingungen im englischen Agrar-(nicht Industrie) Bereich entstand, zielt primär ab auf die Steigerung von Gewinnen für einen unbekannt Markt, für eine abstrakte Größe. Ziel ist nicht die Versorgung von Menschen mit bestimmten Gütern, die sie brauchen; sondern die Erzielung von Gewinnen als solchen, gleichgültig, durch welche Produkte. Marx hat diesen Unterschied in die Begrifflichkeit von Gebrauchs- und Warenwert gefaßt. In Afrika dominiert noch die „Ökonomie der Zuneigung“ und der Gebrauchswerte, und das ist gut so, auch wenn sie weniger effektiv ist und weniger Gewinne produziert. Aber sie ist zuverlässig, hier hilft stets jeder jedem. Märkte neigen demgegenüber in Krisen zum Zusammenbruch: In der Hochinflationszeit von 1923 belieferten die deutschen Bauern nicht mehr die Städte, sondern begannen zu horten. Warum für Geld ohne Wert verkaufen? Ähnliche Gefahren bestanden in der Zeit nach 1945. Das ist Folge der abstrakten Arbeitsteilung

zwischen Stadt und Land. Diesen Gefahren entgehen Ökonomien der Zuneigung, der wechselseitigen Hilfe im großfamilialen Verband; dem gemeinschaftlichen Teilen dessen, was ggf. nur einige verdient haben. Das mag zwar als primitiver Sozialismus verdammt oder gar belächelt werden. Aber es funktioniert seit Urgedenken, zumal die natürlich gegebenen Umweltbedingungen sie erfordern (denn der Urwald ist nicht so fruchtbar wie er scheint). „Die von den afrikanischen Kleinbauern entwickelten Systeme der Schwendwirtschaft und des Brachliegens des Bodens stellen ausgezeichnete Beispiele einer von den natürlichen Gegebenheiten abhängigen Landwirtschaft dar. Solche Systeme legen Zeugnis von einer geglückten Anpassung an die ökonomische und physische Umgebung ab, zu der auch das im Überfluß vorhandene ungenutzte Land gehört. Mit Ausnahme der durch die Busch- oder Waldrodung entstehenden Kosten steht Land kostenlos zur Verfügung. Die Fruchtbarkeit wird durch Mehrfelderwirtschaft und weniger durch Fruchtwechsel oder die Verwendung von organischem und chemischem Dünger aufrechterhalten.“ Da diese Form von Landwirtschaft in kleinteiliger Organisationsweise unter Beachtung der natürlichen Umwelt entstanden ist, ist sie auch naturangepaßt, im Gegensatz z. B. zur kapitalistischen und weltmarktbezogenen Frucht-Plantagenwirtschaft mit extensiver Umweltbeeinträchtigung und

ökologischen Schäden. (Goran Hyden, Das Kleine ist mächtig: Die strukturelle Anomalie des ländlichen Afrika, in: R. Jestel (Hrsg.), Das Afrika der Afrikaner, Frankfurt/M. 1982, S. 205 – 246, hier: S. 213) Abstrakte Wissenschaft vermag das allerdings nicht zu erfassen, da sie nur Abstraktes sehen kann. Sie kritisiert es höchstens, da es nicht den Gesetzmäßigkeiten der Wissenschaft entspreche. Hier ist die Realitätswahrnehmung vom Fuß auf den Kopf gestellt worden.

„Ordnung als Ortung“: Über Recht und Gerechtigkeit in einer multikulturellen Welt

Wir haben hier einen Garten von Kulturen dieser Welt durchstreift, und in allen diesen Kulturen war und ist es schön. Es gibt keine überlegene Kultur, auch wenn sie es oft von sich behaupten. Jede Kultur ist dabei für sich typisch und eigenartig und unterschieden von anderen. Damit stellt sich jedoch die alte Frage schon der Sophisten und von Platon: Was ist wahr, was ist gut und richtig? Gibt es allgemein gültige Werte, oder nur deren Vielfalt? Kann man hier Grund unter den Füßen finden? Auch für die internationalen Beziehungen, die uns hier interessieren?

Wir setzen mit dem Verfahren fort, das uns in dieser Untersuchung geleitet hat: der Beschreibung dessen, was ist. Beginnen wir daher mit den Normen des BGB und des StGB. Was sind deren Grundbegriffe? Zunächst einmal: beide Gesetzeswerke gelten im wesentlichen nur für das Territorium der Bundesrepublik Deutschland (und ggf. hier lebende oder sich aufhaltende

Ausländer, Nicht-Deutsche.) (z.B. § 3 StGB: "Das deutsche Strafrecht gilt für Taten, die im Inland begangen werden.") (Auf Ausnahmen komme ich später zu sprechen)

Dieser wesentliche Territorialbezug besteht für alle formellen Rechtssysteme dieser Welt.

Weiterhin: Eine Tat kann nur dann einer Person voll zugerechnet werden, wenn er sie schuldhaft, bzw. vorsätzlich oder zumindest leichtsinnig vorgenommen hat. Ein irrer oder ein Kind kann normalerweise nicht bestraft werden. Tat, Schuld und Vorsatz sind also zentrale Begriffe.

Dadurch ist ein gewisses Grundraster gegeben, das rechtsstaatliche Sicherheiten gegen staatliche Übergriffe bereit stellt: Der Staat darf nur dann bestrafen, wenn er Schuld nachweisen kann. Eine Tat ist rechtswidrig, wenn Rechtsgüter eines anderen verletzt werden, vom Leben bis zum (evt. auch gemeinschaftlichen, sozialistischen) Eigentum.

Alle Rechtssysteme gehen von diesen Begriffen aus und halten sich zumindest in der Theorie daran (wenn auch nicht immer in der Praxis.) Bei den geschützten Rechtsgütern gibt es jedoch Differenzen (z.B. beim Eigentum, wenn auch nur begrenzt.) Nur im Recht auf Leben besteht allgemeine Einigkeit (sieht man von der rechtmäßig verhängten Todesstrafe und vom Kriegsdienst ab.)

Unterschiede gibt es in der Frage, welche Rechtsgüter geschützt sind. Z.B. ist in Deutschland die monogame Ehe besonders geschützt, anders als im arabisch-islamischen Raum, in dem die Vielweiberei erlaubt ist.

Hier sind wir an den Punkt gelangt, der besonders interessiert. Denn mit dem Ehebeispiel stellt sich konkret die Frage nach der Gerechtigkeit und dem Recht in den internationalen Beziehungen, in denen Anderes und Fremdes zwischen den Gesellschaften verarbeitet werden müssen. Wie wird der Gegensatz gelöst? Ein Gegensatz, der sich zuspitzt, wenn z.B. ein arabischer Prinz Deutschland mit seinem Harem besucht oder gar des längeren oder auf Dauer hier wohnt.

Das Völkerrecht als Recht der Staaten und zwischen den Staaten sagt lediglich, dass jeder Staat souverän ist – auch in der Gestaltung seines Rechtssystems. Zwar sind mittlerweile bestimmte Menschenrechte allgemein gültig (z.B. weltweites Verbot der Folter), aber sie beziehen sich auf grundlegende Fragen wie körperliche Unversehrtheit und Leben der Menschen, nicht auf kulturspezifische Angelegenheiten wie der Eheform. In dieser Frage hat Rechtswissenschaft und Rechtspraxis ein interessantes und praktisches Instrument der Lösung von Normenkollisionen

entwickelt, das auch für Ethik und Moral der Nationalstaaten und der internationalen Beziehungen handlungsleitend sein kann.

Das Internationale Privatrecht ist (anders als der Begriff suggeriert) ein weltweit stark angeglichenes Recht der meisten Nationalstaaten, mit dem diese jeweils die Fälle regeln, wenn unterschiedliche oder gegensätzlich Rechtsnormen unterschiedlicher Staaten in einem Fall aufeinander stoßen: Beim Prinzen-Fall von oben hat natürlich das jeweilige nationale Recht Vorrang, wenn dieser länger in Deutschland lebt. Er kann ja nach Saudi-Arabien oder einen anderen islamischen Staat zurückkehren, wenn ihm nach mehreren Frauen ist.

Nach welchem Recht wird die Ehe zwischen einem Saudi und einer Britin geschieden, die in München geheiratet haben und in den USA leben? Hier muss das Gericht, vor dem dieser Fall entschieden wird, u.a. (wenn die sich Scheidenden keinen Willen geäußert haben) untersuchen, wo, in welchem nationalen Rechtssystem das Rechtsverhältnis seinen Lebensschwerpunkt hat. Das ist eine empirisch zu beantwortende Frage. Ggf. sind Gutachten einzuholen und Zeugen zu befragen. Anknüpfungspunkte zur Beantwortung sind z.B.: der (häufigste) Wohnort der Eheleute; die Praktikabilität und Akzeptanz der Lösung für die Betroffenen; usw. So kann dieses Ehepaar ggf. nach britischem oder türkischem Recht geschieden werden.

Diese Wege sind sicherlich sinnvoll für die Probleme des Alltags; aber was, wenn zwischen Gesellschaften und Staaten menschliche Grundfragen umstritten sind: die Forderung nach Religionsfreiheit im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auf der einen Seite und der Islam als alleinige Religion in Saudi-Arabien auf der anderen Seite.

In dieser Hinsicht gibt das Asylrecht Antworten. Die diesbezügliche, deutsche Rechtssprechung hat Kriterien entwickelt, die zwischen Asylberechtigten und Nichtasylberechtigten zu unterscheiden vermögen. Es ist dabei klar, dass – um das Beispiel eines islamischen Staates wieder aufzugreifen – nicht jeder, der irgendwo an der vollen Ausübung seiner Religion gehindert ist, in Deutschland Recht auf Asyl hat, z.B. dann nicht, wenn er in einem arabischen Staat direkt neben der Moschee keinen christlichen Kirchturm bauen darf (der wohlmöglich höher als das Minarett ist).

Es wird legitim anerkannt, daß der Islam einer anderen (monopolistischen, wenig toleranten) Art der Religionsausübung nachgeht als das liberale und säkulare Westeuropa, daß also zumindest der strenge Islam in der Öffentlichkeit keine andere Religion duldet. Kirchbau ist daher verboten. Daher sagt die Rechtssprechung, daß Asyl erst dann gewährt werden muss, wenn

der nicht-islamische Gläubige privat, d.h. in seinen vier Wänden seinen Glauben nicht mehr praktizieren kann (was im arabischen Raum aber wohl meist gewährleistet ist). Das wird als wesentlich für Religionsausübung betrachtet, nicht die öffentliche Zelebration von Religion.

Wir hatten ja bereits in unserem Saudi-Arabien Kapitel gesehen, dass man diese feudale Herrschaftsform nicht einfach verwerfen kann, weil sie westeuropäisch-nordamerikanischen "Standards" nicht entspricht (die ich natürlich keiner Weise für diesen Raum in Frage stellen will.) Solange die Saudis die theokratische Staatsform weitgehend akzeptieren, muß die Staatenwelt das auch (wenn körperliche Unversehrtheit und ein gewisses Maß an Rechtsstaatlichkeit sowie Mitsprache garantiert sind, was allerdings nicht immer der Fall ist.)

Denn jedes Volk und seine Regierung sind gleich nah zu Gott. (Das sieht im Irak allerdings anders aus: Hier regiert Saddam Hussein gegen sein Volk. Und hier gibt es viele weitere Beispiele.) Es ist unmöglich, dass der Westen allüberall seinen liberalen Individualismus hin exportiert, da dieser andere Lebensformen kollektive, traditionale, eingewöhnte Lebensformen zerstören kann, an denen die jeweiligen Völker hängen. Die Liberalisierung unterhöhlt jedoch tendenziell solche gemeinsam geteilten

traditionell gelebten und so befürworteten Solidaritätszusammenhänge. Den modernistischen Fortschrittsoptimismus müssen wir ad acta legen.